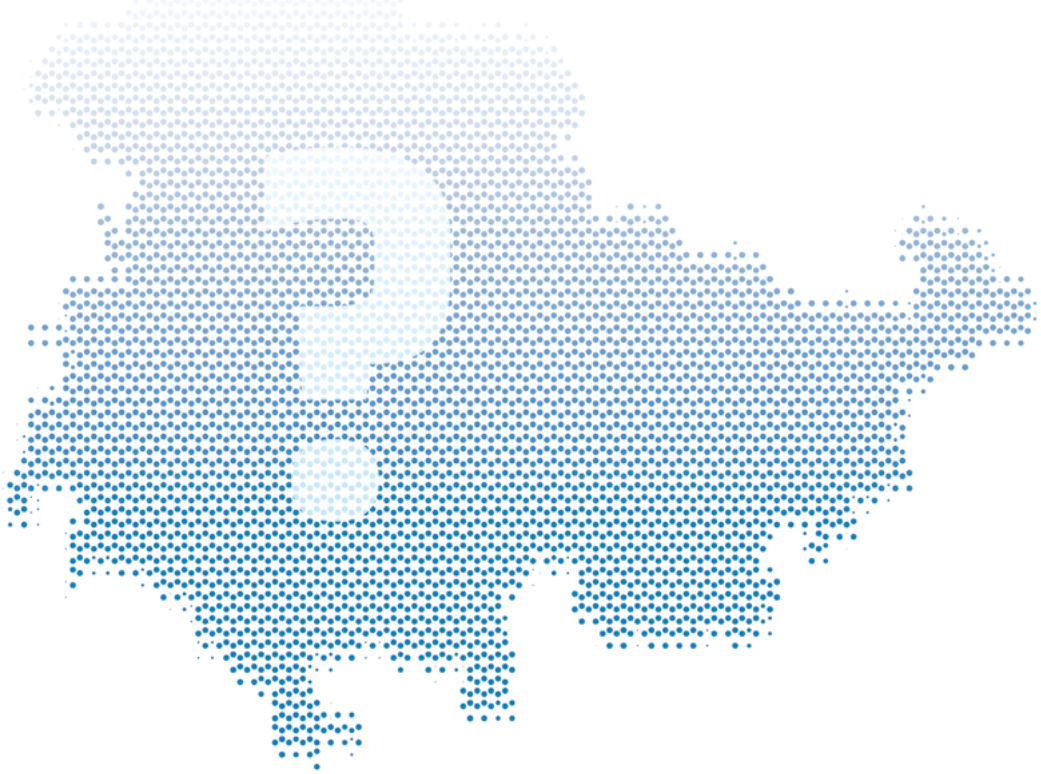
FORSCHUNGS-
BERICHT

THÜRINGEN VOR DER LANDTAGSWAHL

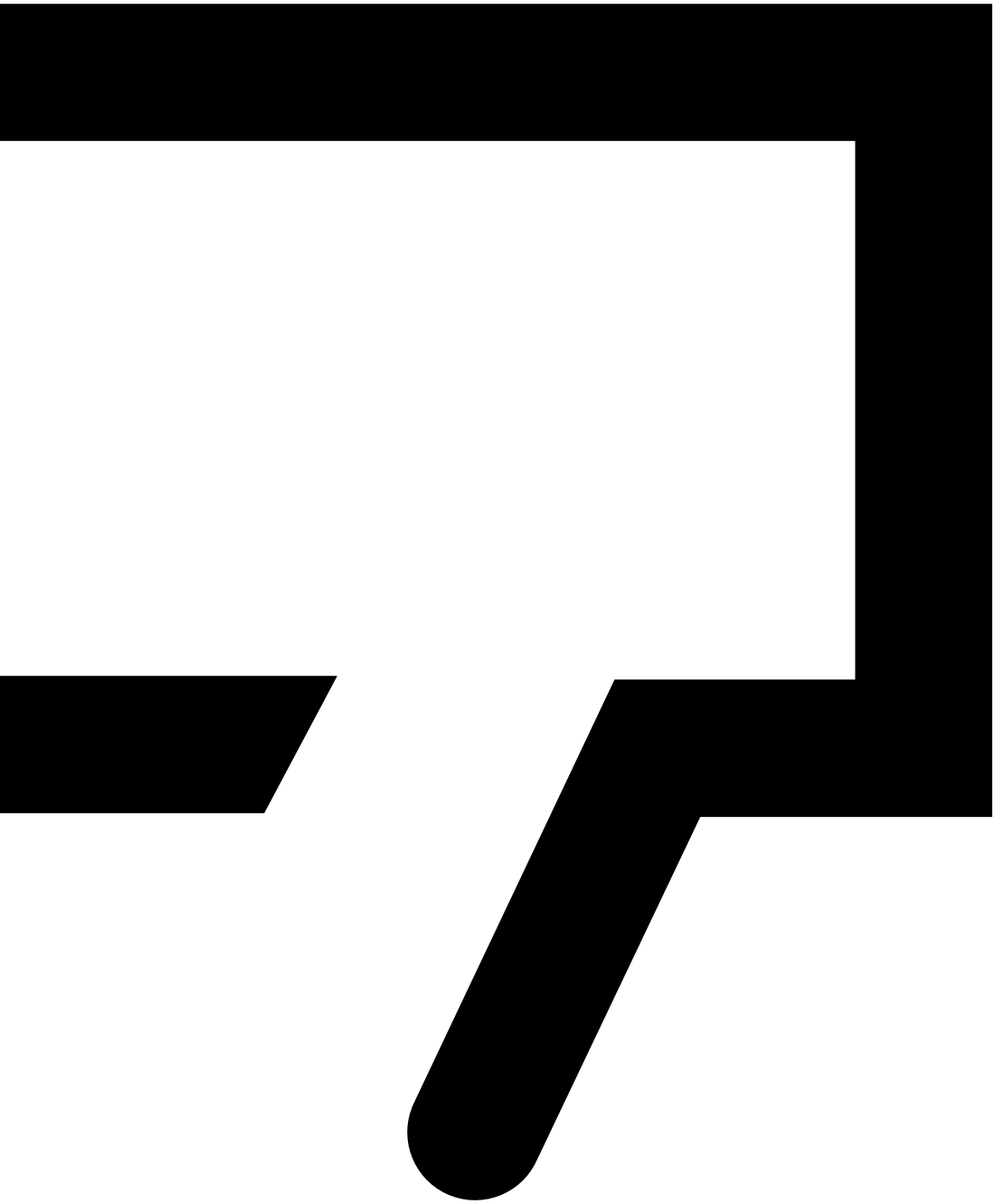
ERGEBNISSE EINER REPRÄSENTATIVEN BEFRAGUNG IM SEPTEMBER 2019



Im Auftrag der

IDZ INSTITUT FÜR DEMOKRATIE UND ZIVILGESELLSCHAFT

AMADEU ANTONIO STIFTUNG



Axel Salheiser, Matthias Quent, Anja Klaßen
Jena, September 2019

THÜRINGEN VOR DER LANDTAGSWAHL

ERGEBNISSE EINER REPRÄSENTATIVEN BEFRAGUNG IM SEPTEMBER 2019

4 **VORWORT**

6 **VORAUSSICHTLICHE WAHLENTSCHEIDUNG**

8 **GEWÜNSCHTE REGIERUNGSKOALITION**

10 **REGIERUNGSBETEILIGUNG DER AFD?**

12 **BEURTEILUNG DER THÜRINGER PARTEIEN IM POLITISCHEN LINKS-RECHTS-SPEKTRUM**

16 **PROFILE DER POTENZIELLEN WÄHLER*INNEN**

20 **EINFLUSSFAKTOREN AUF DIE VORAUSSICHTLICHE PARTEIPRÄFERENZ DER BEFRAGTEN BEI DER THÜRINGER LANDTAGSWAHL**

31 **GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT UND DESSEN GEFÄHRDUNG**

34 **EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT**

36 **ZUSAMMENFASSUNG**

37 **TABELLENANHANG**

46 **ÜBER DIE AUTOR*INNEN**

46 **AMADEU ANTONIO STIFTUNG**

INHALT

Vorwort

Im Vorfeld der Thüringer Landtagswahl am 27. Oktober 2019 hat das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) durch das Befragungsinstitut YouGov eine **repräsentative Befragung im Internet** (Websurvey) durchführen lassen. Befragt wurden dabei **503 wahlberechtigte Thüringer*innen** zu ihrer Wahlabsicht und Präferenz einer Regierungskoalition, zu aktuellen politischen und gesellschaftlichen Problemen, zu Herausforderungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts in unserem Land und zum bürgerlichen Engagement. Der Websurvey fand **zwischen dem 2. und 12. September 2019** statt – also unmittelbar im Anschluss an die Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg. Die Entscheidung für einen Websurvey mit ca. 500 Befragten war dem engen Zeitfenster geschuldet: mit der Maßgabe, erste Befragungsergebnisse zum Themenfeld „Engagement und Zusammenhalt" bereits Mitte September veröffentlichen zu können (Thementag zu „Engagement und Zusammenhalt des IDZ am 16. September 2019 in Erfurt; vgl. Thüringer Landeszeitung vom 14./15. September 2019).[1]

In der vorliegenden Broschüre werden ausgewählte Befunde der Befragung diskutiert. Insbesondere gehen wir der Frage nach, inwieweit die voraussichtliche Wahlentscheidung zur Landtagswahl der Befragten mit ihren politischen Orientierungen, ihrer Wahrnehmung der gesellschaftlichen Entwicklung und bestimmten soziodemografischen und sozioökonomischen Merkmalen zusammenhängt. Infolge des Erstarkens der AfD liegt ein besonderes Augenmerk auf dieser Partei bzw. auf ihren potenziellen Wähler*innen; ein anderes auf den noch unentschlossenen Wähler*innen.

Stichprobenbeschreibung

Erhebungsmethode: Websurvey (Befragung im Internet)Befragungszeit: 02.-12. September 2019
Durchführung: Befragungsinstitut YouGov
Fallzahl: n=503
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Thüringer*innen ab 18 Jahren

Alter

- Arithmetisches Mittel: 51 Jahre
- Standardabweichung: 17 Jahre
- Minimum: 18 Jahre
- Maximum: 86 Jahre

Geschlecht

- männlich: 49 %
- weiblich: 51 %

[1] IDZ Jena (2019): Engagement und Zusammenhalt. Situation, Perspektiven, Herausforderungen. Policy Paper, September 2019. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft Jena. Online unter: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/IDZ_Policy_Paper_2019-Ausgabe01_Web.pdf.

Bildung

- noch in schulischer Ausbildung: 1 %
- Haupt-/Volksschulabschluss: 27 %
- Realschul- oder gleichwertiger Abschluss (POS, Mittlere Reife): 46 %
- Abitur, Fachhochschulreife: 25 %
- ohne Schulabschluss: 1 %

Einkommen

- bis unter 1.500 Euro: 24 %
- 1.500 EUR bis unter 3.000 Euro: 53 %
- 3.000 Euro und höher: 23 %

Methodische Anmerkungen: Potenzial und Grenzen eines Websurveys

Bei repräsentativen Befragungen zu Wahlen auf Bundes- oder Landesebene, z. B. mit der sogenannten „Sonntagsfrage", wie sie regelmäßig u. a. von infratest dimap oder von der Forschungsgruppe Wahlen durchgeführt werden, ist eine telefonische Erhebungsmethode und eine Fallzahl von n>=1.000 Befragten üblich, um zu möglichst genauen Schätzungen zu gelangen. Nach allgemeiner Einschätzung ist die telefonische Stichprobenziehung – trotz zunehmend schlechteren Ausschöpfungsquoten – den Websurveys nach wie vor überlegen, da die Teilnahme an Befragungen im Internet stärkeren Selbstselektionseffekten unterliegt und die Repräsentativität für die Wahlbevölkerung damit nur durch aufwändige Korrekturmaßnahmen (spezielle Quotierung und Gewichtung) gewährleistet werden kann. Repräsentative Bevölkerungsstichproben sind – unabhängig von der Erhebungsmethode – niemals reine Zufallsstichproben. Stattdessen erfolgt die Auswahl der Befragungsteilnehmenden nach Quotenvorgaben auf Grundlage amtlicher Bevölkerungsstatistiken und ggfs. entsprechend einem Regionalschlüssel (Schichtung der Stichprobe nach Bevölkerungszahl in den jeweiligen Gebietseinheiten etc.).

Viele andere Meinungsforschungsinstitute arbeiten inzwischen mit Websurvey-Daten, die z. T. von Kooperationspartner*innen übernommen und aufbereitet werden. Auch YouGov arbeitet internetbasiert, greift dabei auf verschiedene Befragtenpools zurück, legt spezielle Quotierungen fest und gewichtet die Stichprobe nach einem spezifischen Korrekturverfahren; d. h. die Stichprobe wird so zusammengesetzt, dass Repräsentativität für die Grundgesamtheit der Wahlberechtigten angenommen werden kann und folglich verlässliche Aussagen möglich sind.

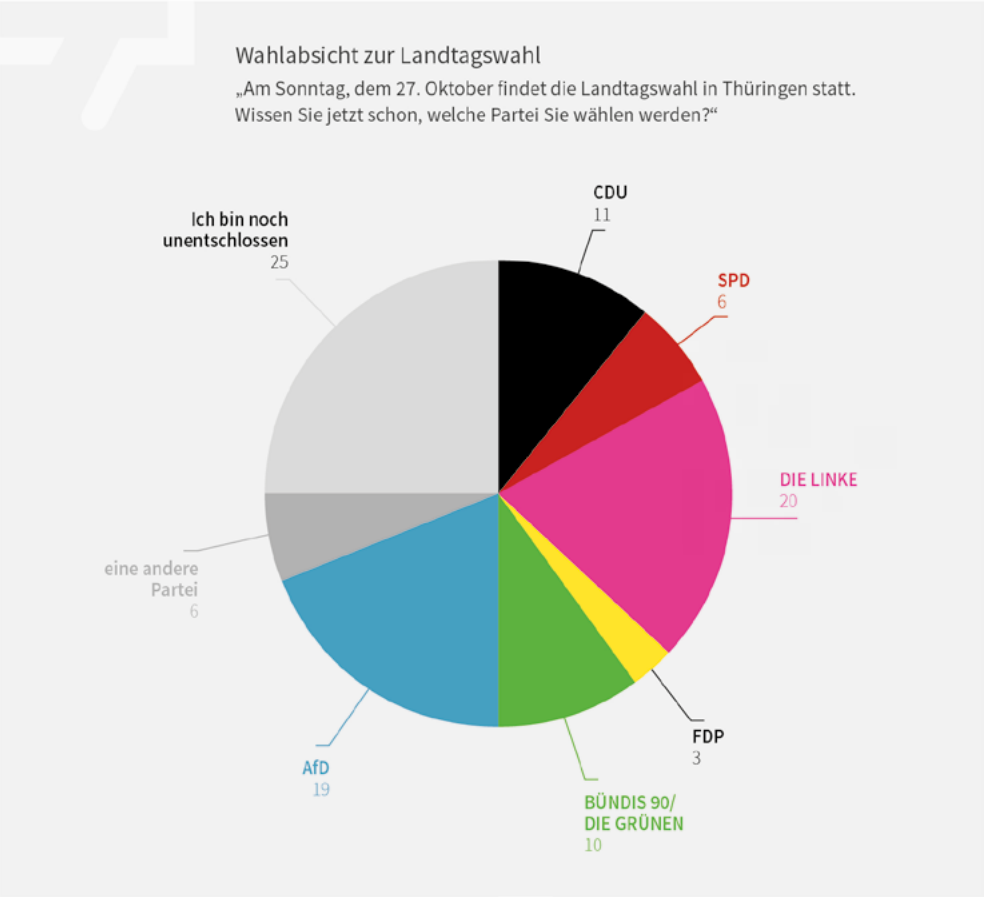
Bei einer reduzierten Stichprobengröße von ca. 500 Befragten muss von ungenaueren Schätzungen ausgegangen werden. Das heißt vor allem: Die Fehlertoleranzen werden etwas größer als bei Stichproben mit ca. 1.000 Befragten und die Anteilswertunterschiede (Prozentangaben der Antworthäufigkeiten) sind dementsprechend zurückhaltender zu interpretieren.

In der vorliegenden Studie ist außerdem davon auszugehen, dass die Anteilswerte der Parteien bei der Wahlabsicht zur Landtagswahl nicht mit zufriedenstellender Genauigkeit geschätzt werden konnten. Im Vergleich zu den aktuellsten Befragungsergebnissen anderer Institute zur voraussichtlichen Wahlpräferenz der Thüringer*innen (vgl. z. B. INSA vom 26. September 2019[2]) scheint in unserer Befragung vor allem der Anteil der potenziellen CDU-Wähler*innen auffällig unterschätzt worden zu sein (selbst wenn die Anteile der „Unentschlossenen" herausgerechnet werden). Es ist aber zu betonen, dass wir die Antworten auf die Frage zur Wahlabsicht aus unserem Websurvey in den nachfolgenden Analysen vor allem *als Spaltenvariable bzw. Auswertungskategorien* benutzen: Es geht uns im eigentlichen Sinne also nicht um eine „Vorhersage" des tatsächlichen Wahlergebnisses, sondern um die *Entdeckung, Darstellung und Erklärung von Einstellungsunterschieden zwischen den Wähler*innengruppen*.

[2] Vgl. https://dawum.de/Thueringen/INSA [30.09.2019].

Voraussichtliche Wahlentscheidung

Die repräsentative Befragung im Vorfeld der Thüringer Landtagswahl 2019 zeigt eine starke Fragmentierung der Wähler*innenschaft, in der die Polarisierung der politischen Kultur in Thüringen zum Ausdruck kommt. Dabei bietet sich – trotz einer anzunehmenden leichten Stichprobenverzerrung (siehe Kasten „Methodische Anmerkungen") – in den Daten grundsätzlich fast das gleiche Bild, das sich auch in anderen aktuellen Befragungen zur Thüringenwahl abzeichnet: Es ist derzeit eher unwahrscheinlich, dass eine klare bzw. große Regierungsmehrheit zustande kommt.



Angaben in Prozent, n = 503, erstellt mit Datawrapper

Stärkste Partei ist DIE LINKE mit 20 % der Stimmen, in unserer Befragung liegt die AfD etwa gleich auf (19 %), gefolgt von der CDU, die nur 11 % unserer Befragten wählen würden, und Bündnis 90/Die

Grünen (10 %). Bereits aus dem Umstand, dass in die Prozentuierung auch der erhebliche Anteil der noch unentschlossenen Befragten einbezogen wurde, der immerhin ein Viertel aller Befragten ausmacht, ergeben sich Abweichungen zu anderen repräsentativen Wähler*innenbefragungen. Allerdings ist ersichtlich: Der Stimmenanteil der CDU wird im Vergleich mit zuletzt veröffentlichen Befragungsdaten (z. B. INSA vom 26. September 2019) markant unterschätzt; vermutlich müsste er (bei Einschluss noch unentschiedener Befragter) ebenfalls ca. 20 % betragen.[3] In der INSA-Befragung kam DIE LINKE auf 29 %, die AfD auf 24 % und die CDU auf 23 %. Worauf die anzunehmende Stichprobenverzerrung in unserem repräsentativen Websurvey zurückzuführen ist, lässt sich nicht beurteilen – dass es zu erheblichen Abweichungen kommen kann, gehört zu den Risiken der demoskopischen Befragungsforschung.

Bemerkenswert ist, dass die AfD in Thüringen gegenüber den letzten Landtagswahlen (2014) voraussichtlich kräftige Stimmenzuwächse realisieren kann und damit sowohl die Trends der zurückliegenden Kommunal- und EU-Wahlen 2019 fortsetzt als auch an die Landtagswahlerfolge in Sachsen und Brandenburg am 1. September 2019 anknüpft. Falls die FDP und die „anderen“ Parteien die 5 %-Hürde nicht überwinden, wäre eine Fortsetzung der bisherigen rot-rot-grünen Koalition möglich, es wäre vermutlich aber eine sehr knappe Mehrheit. Auffällig ist dabei die Schwäche der SPD, während Bündnis 90/Die Grünen auf einen stabilen Stimmenanteil oder sogar leichte Zuwächse hoffen können.

Eine Fortsetzung der bisherigen rot-rot-grünen Koalition ist möglich, es wäre vermutlich aber (erneut) eine sehr knappe Mehrheit.

Es ist darauf hinzuweisen, dass die Ungenauigkeit der Ergebnisse bezüglich der Wahlabsicht die Aussagekraft der nachfolgenden Auswertungen kaum schmälert, da die *Wahlentscheidung vor allem als Auswertungskategorie und Kontrollvariable* verwendet wird. Die Besetzung der einzelnen Wähler*innengruppen ist wenig relevant, solange die jeweilige Fallzahl die entsprechenden statistischen Prozeduren ermöglicht. Daher werden vorrangig Aussagen über die stärksten Wähler*innengruppen getroffen und nur die markantesten und statistisch signifikanten Unterschiede diskutiert.

Wiederwähler*innen, Wechselwähler*innen und Unentschlossene

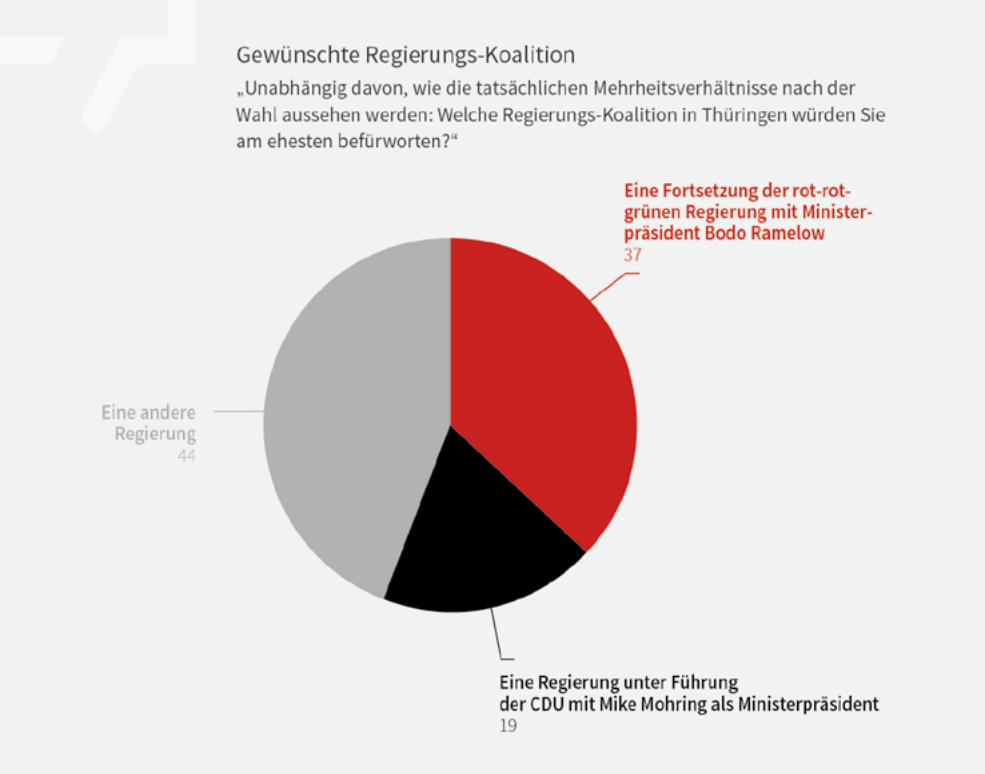
Unter vormaligen AfD-Wähler*innen zur Bundestagswahl 2017 ist mit 75 % der Anteil derer am größten, die voraussichtlich auch zur Thüringer Landtagswahl die gleiche Partei wählen werden. Der Anteil der noch Unentschlossenen ist in dieser Gruppe hingegen relativ gering. Auch unter vormaligen Wähler*innen der Linken (68 %) und von Bündnis 90/Die Grünen (64 %) sind die Anteile der Befragten hoch, die angaben, wieder die jeweilige Partei wählen zu wollen, und die Anteile der noch Unentschlossenen gering. Bei ehemaligen Wähler*innen der anderen Parteien – vor allem der CDU und der SPD – gibt es einen stärkeren Abstrom zu Parteien wie Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE, aber nicht zur AfD, und vergleichsweise hohe Anteile von noch Unentschlossenen. Auch ca. ein Drittel der ehemaligen Nichtwähler*innen waren noch unentschlossen, 21 % wollten erneut nicht zur Wahl gehen. 16 % der ehemaligen Nichtwähler*innen beabsichtigen, zur Landtagswahl CDU zu wählen, 14 % AfD, 8 % Bündnis 90/Die Grünen. Andere Parteien profitieren der Umfrage zufolge voraussichtlich kaum von der Mobilisierung ehemaliger Nichtwähler*innen.

[3] vgl. https://dawum.de/Thueringen/INSA [30.09.2019].

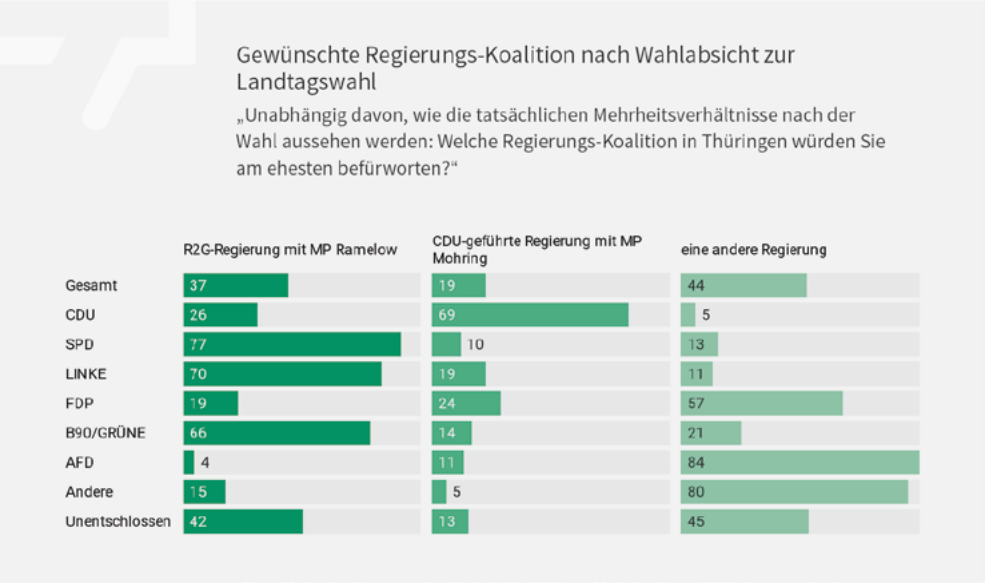
Gewünschte Regierungskoalition

In einem Zweierduell „R2G“ vs. „CDU+X“ hätte die Ramelow-Regierung klar die Nase vorn, aber eine absolute Mehrheit der Befragten präferiert eine veränderte Regierungskonstellation.

37 % der Befragten sprechen sich für eine Fortsetzung der bisherigen rot-rot-grünen Regierungskoalition mit Bodo Ramelow an der Spitze aus. 19 % befürworten eine CDU-geführte Regierungskoalition mit Mike Mohring als Ministerpräsident. Allerdings präferiert eine relative Mehrheit von 44 % der Befragten „eine andere Regierung“. Auch wenn im Zweierduell „R2G“ vs. „CDU+X“ die Ramelow-Regierung klar die Nase vorn hat, zeigt sich, dass die absolute Mehrheit offenbar einen Regierungswechsel oder zumindest eine veränderte Regierungskonstellation wünscht. **Aus den Befragungsdaten geht nicht hervor, wie eine „andere Regierung“ aussehen sollte. Außerdem kann nicht gesagt werden, inwieweit der Koalitionswunsch auf die jeweiligen Spitzenkandidat*innen zurückgeführt werden kann oder anderen Kalkülen unterliegt.** Der Wunsch nach einer „anderen Regierung“ ist unter den potenziellen AfD-Wähler*innen am häufigsten (84 %). Vermutlich würden sich viele von ihnen nicht mit einer Rolle der AfD als Juniorpartnerin in einer CDU-geführten Regierung zufriedengeben. B. Höcke, ideologischer Stichwortgeber und Hauptakteur des rechtsradikalen *Flügels*, der die Thüringer AfD dominiert, hat unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass er einen viel weitergehenden Machtanspruch erhebt: Schlagworte wie „fundamentaloppositionelle Bewegungspartei“ und die scharfe, pauschalisierende und allumfassende „Systemkritik“ verweisen auf die angestrebte Alleinherrschaft und eine geplante Aushebelung oder Abschaffung des parlamentarischen Parteienpluralismus. Die Positionen der Thüringer AfD stehen unseres Erachtens damit in markantem Widerspruch zu Prinzipien der liberalen Demokratie.



Angaben in Prozent, n = 503, erstellt mit Datawrapper



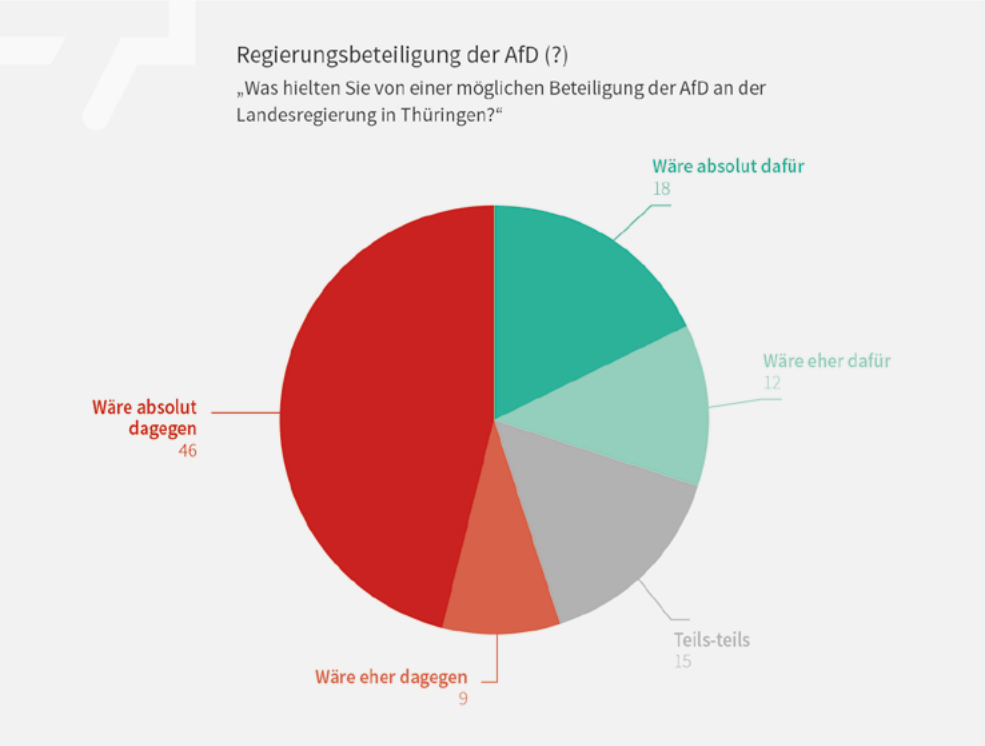
Angaben in Prozent, n = 503, erstellt mit Datawrapper

Regierungsbeteiligung der AfD?

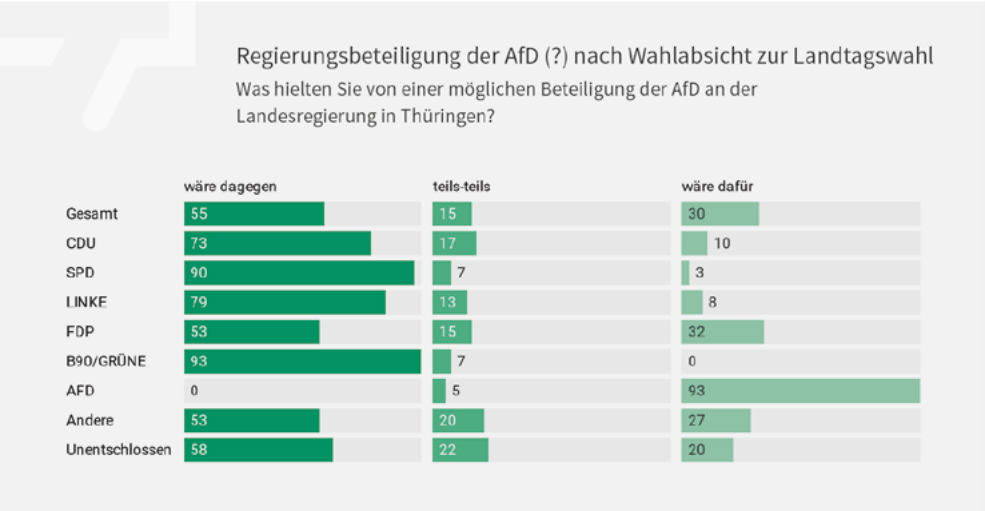
Eine Regierungsbeteiligung der AfD wird von den Befragten mehrheitlich abgelehnt, wobei 55 % allerdings eine besorgniserregend knappe Mehrheit ist. 30 % der Befragten befürworten eine solche Beteiligung und 15 % der Befragten sind der Umfrage zufolge „teilweise“ dafür, der Partei Mitverantwortung zu übertragen. Trotz dieser fortgeschrittenen Normalisierung der Höcke-Partei muss konstatiert werden: In den Wähler*innengruppen der meisten Parteien wird **Koalitionsverhandlungen mit der AfD eine klare Absage erteilt**; u. a. lehnen dies 73 % der potenziellen CDU-Wähler*innen ab. 60 % der CDU-Wähler*innen geben an, dass sie nicht mehr CDU wählen würden, wenn diese in Thüringen eine Regierungskoalition mit der AfD eingeht. Unter den potenziellen Wähler*innen von Bündnis 90/Die Grünen lehnen 93 % eine Regierungsbeteiligung der AfD ab, bei den noch Unentschlossenen immerhin noch eine Mehrheit von 58 %. Eine Kooperation erachten noch am ehesten potenzielle Wähler*innen der FDP als sinnvoll, wobei der dortige Anteilswert der Zustimmung i.H.v. 32 % wegen der geringen Fallzahl in dieser Befragtengruppe nicht überbewertet werden sollte. Ungeachtet ihrer voraussichtlich hohen Stimmenanteile wird die AfD von den meisten Thüringer Wähler*innen kritisch eingeschätzt bis strikt abgelehnt. Die Einbindung der rechtsradikalen Partei in Regierungsverantwortung widerspricht demnach nicht nur „linken“ Interessen, sondern insbesondere auch denen der „Mitte“. Mit Ausnahme der wenigen Befragten, die sich selbst einer sozialen „Unterschicht“ zuordnen, ist unter Befragten aus allen sozialen Schichten eine ausgeprägte Aversion erkennbar. Die Bestrebungen von Teilen der Parteianhänger*innenschaft und des Führungspersonals der AfD, ein möglichst seriöses, „bürgerliches“ Image zu pflegen und noch größere Anschlussfähigkeit herzustellen, scheinen jedenfalls nicht aufzugehen. Nur die eigenen potenziellen Wähler*innen goutieren den radikalen Kurs der Thüringer AfD: Von ihnen befürworten 93 % eine Regierungsbeteiligung. Rein „wahlarithmetisch“ wäre diese vermutlich im Bereich des Möglichen – praktisch aber wäre sie fatal, würde dem breiten Wähler*innenwillen erkennbar entgegenlaufen und bleibt für Demokrat*innen ein absolutes No-Go.

60 % der potenziellen CDU-Wähler*innen geben an, dass sie nicht mehr CDU wählen würden, wenn diese in Thüringen eine Regierungskoalition mit der AfD eingeht.

Eine Regierungsbeteiligung der AfD wäre fatal, würde dem breiten Wähler*innenwillen entgegenlaufen und bleibt für Demokrat*innen ein absolutes No-Go.



Angaben in Prozent, n = 503, erstellt mit Datawrapper



Angaben in Prozent, n = 503, erstellt mit Datawrapper

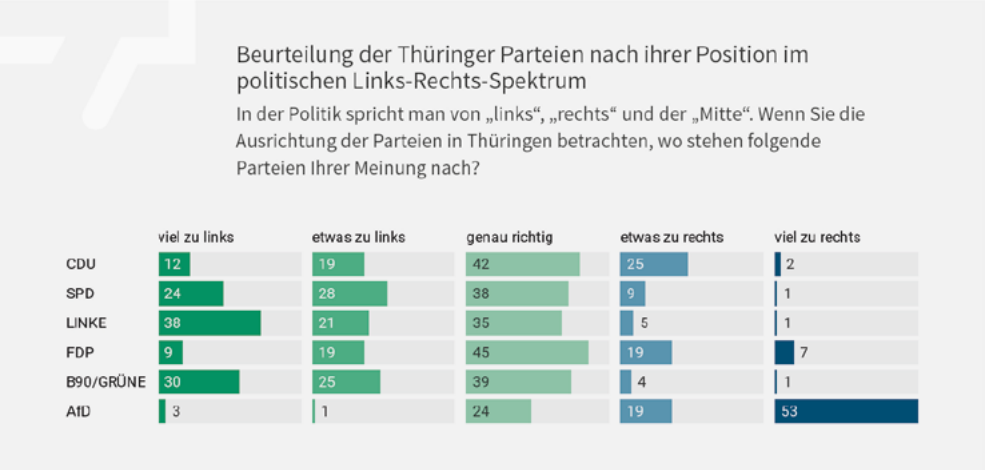
Angaben in Prozent, n = 503, erstellt mit Datawrapper

Beurteilung der Thüringer Parteien im politischen Links-Rechts-Spektrum

In der Links-Mitte-Rechts-Selbstverortung der Befragten wird zunächst klar, dass die „Mitte“ nach wie vor eine höchst attraktive Selbstzuschreibungsoption darstellt: 60 % aller Befragten ordnen sich dort ein, 26 % links davon und 14 % rechts davon. Nach ihrer voraussichtlichen Parteipräferenz bei der Landtagswahl 2019 antworten die Befragten wenig überraschend: Die potenziellen Wähler*innen der Linkspartei sehen sich überwiegend links, die der CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, der „anderen“ Parteien sowie die Nichtwähler*innen und die Unentschlossenen positionieren sich jeweils mehrheitlich in der „Mitte“. Auch 52 % der potenziellen AfD-Wähler*innen rechnen sich selbst der „politischen Mitte“ zu, allerdings geben weitere 44 % an, „rechts“ davon zu stehen, lediglich 4 % links davon. Bei der Beurteilung der Positionierung der Thüringer Parteien spielt selbstverständlich die eigene Parteipräferenz eine große Rolle. Eine detaillierte Auswertung dazu ist an dieser Stelle nicht möglich. Allerdings ist klar, dass die Bewertung „genau richtig“ nicht als ungefähres Mobilisierungspotenzial der jeweiligen Partei interpretiert werden sollte. Auffällig ist die weit überwiegende Bewertung der AfD als „(viel) zu rechte“ Partei, allerdings sind mit 49 %

Aus Sicht der meisten Befragten steht die Thüringer AfD „(viel) zu rechts“.

der Befragten viele trotzdem der Meinung, die Partei sei demokratisch oder zumindest „teilweise demokratisch“ – in erster Linie vermutlich, weil sie sich durch demokratische Wahlen Legitimität zu verschaffen versucht.

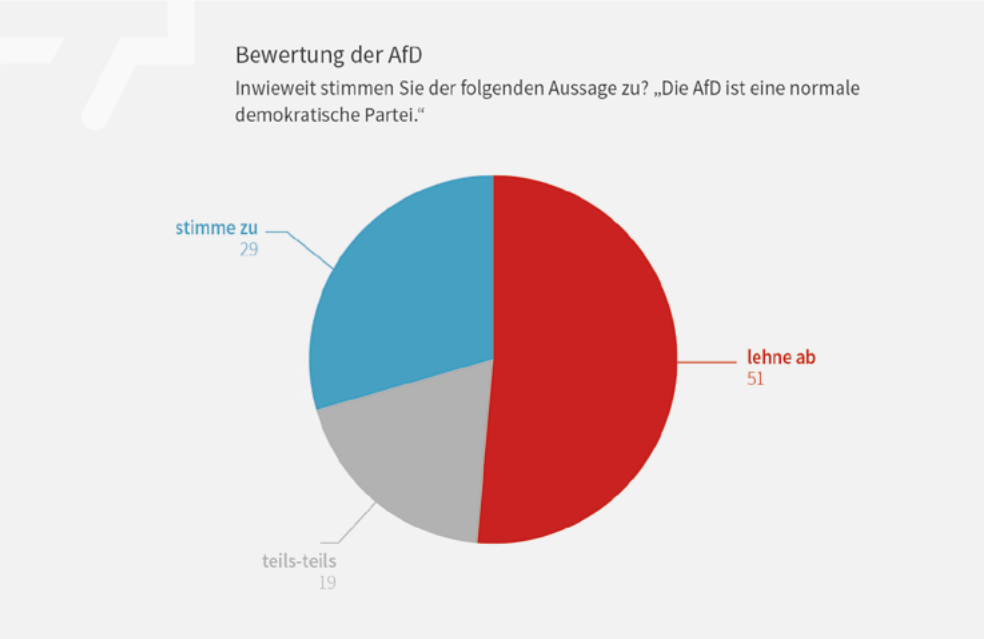


Angaben in Prozent, n = 503, erstellt mit Datawrapper

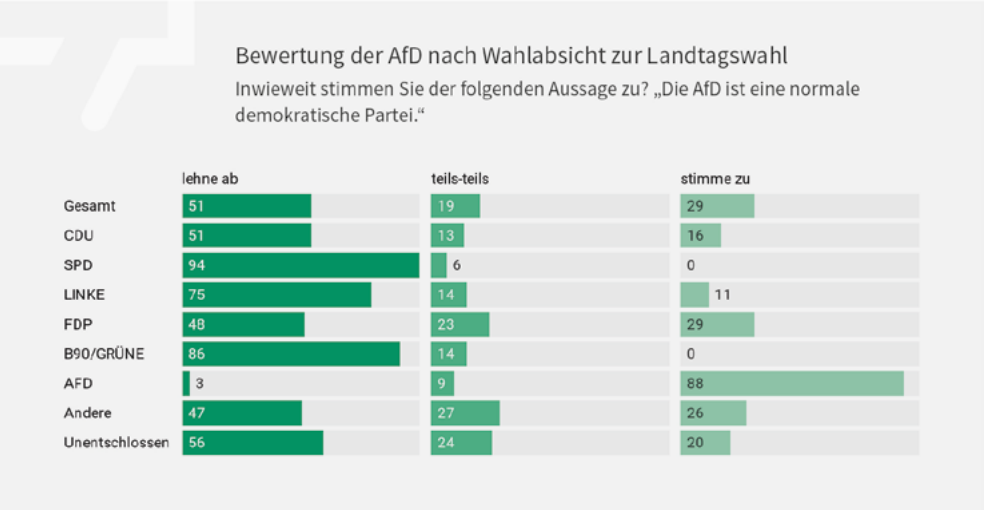
Verortung und Bewertung der AfD

52 % der potenziellen AfD-Wähler*innen verorten sich selbst in der „politischen Mitte“, weitere 44 % rechts davon, 4 % links. Der Anteil der selbst erklärten „Rechten“ ist in dieser Wähler*innengruppe markant erhöht. 51 % aller Befragten sind der Auffassung, dass die AfD keine „normale demokratische Partei“ ist – das sind nur die Hälfte der Befragten insgesamt, bei der Auswertung nach der eigenen voraussichtlichen Parteipräferenz bei der Landtagswahl ist aber erkennbar, dass weit überwiegende Mehrheiten der potenziellen LINKE-, SPD- und Bündnis 90/Die Grünen-Wähler*innen die AfD kritisch bewerten, außerdem mit 56 % eine klare Mehrheit der noch Unentschlossenen. Wähler*innen von CDU, FDP und „anderen“ Parteien sind in dieser Frage jeweils in zwei Hälften gespalten: Die einen meinen, die AfD ist keine „normale demokratische Partei“, die anderen sagen „teils-teils“ oder stimmen zu. Mit 88 % ist eine positive Bewertung der Partei durch ihre eigenen Wähler*innen am höchsten, doch 3 % lehnen die Aussage ab und 9 % meinen „teils-teils“. Hier bietet sich unseres Erachtens ein Hinweis darauf, dass es potenziellen AfD-Wähler*innen kaum darum geht, mit einer bewusst „heiklen“ Entscheidung für Rechtsradikale und Rechtsextremist*innen die „etablierten“ Parteien unter Druck zu setzen („Protestwahl“): Sie sind offensichtlich davon überzeugt, dass die AfD einen völlig legitimen Vertretungsanspruch ihrer politischen und gesellschaftlichen Interessen im parlamentarischen System einlösen kann. Deshalb werden sie auch zukünftig mindestens mit Unverständnis, wahrscheinlicher jedoch mit rigoroser Ablehnung reagieren, wenn man die AfD weiterhin als das demaskiert und benennt, was sie ist: eben keine „normale demokratische“ Partei, sondern eine antiliberale, autoritäre und reaktionäre Kraft, die sich deutlich gegen fundamentale Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung positioniert (vgl. Pfahl-Traughber 2018[4]). Immerhin meint die überwiegende Mehrheit der Befragten, die Thüringer AfD sei „viel zu rechts“ oder „etwas zu rechts“; selbst unter den eigenen potenziellen Wähler*innen denken dies 27 %, während 71 % glauben, die Partei steht „genau richtig“. Doch insgesamt ist die erkennbar fortgeschrittene *Normalisierung* der AfD – auch jenseits ihrer eigenen Wähler*innenschaft –, gerade in Thüringen einer der besorgniserregendsten Befunde der vorliegenden Studie.

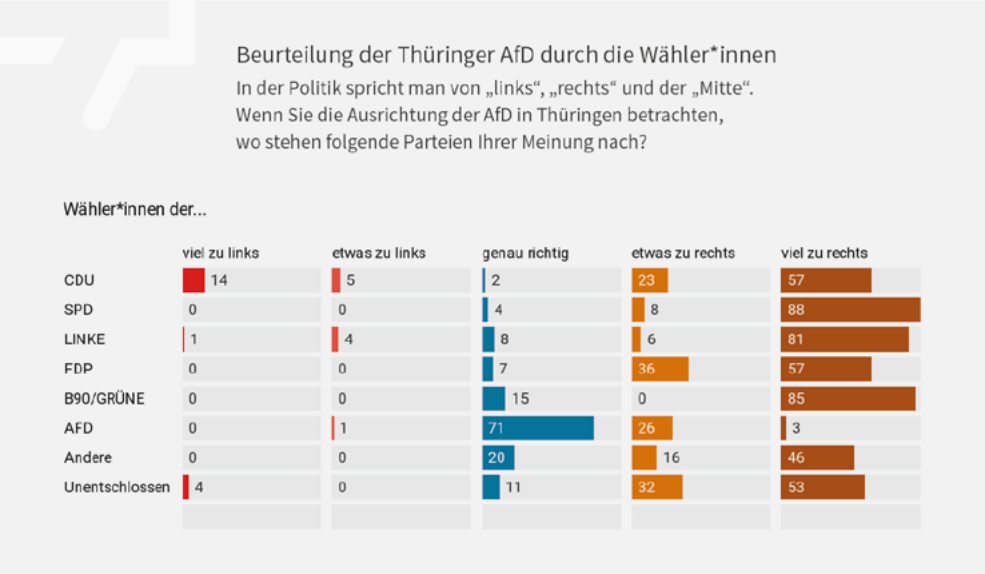
[4] Pfahl-Traughber, Armin (2018): Die AfD und der Rechtsextremismus. Eine Analyse aus politikwissenschaftlicher Perspektive. Springer VS, Wiesbaden.



Angaben in Prozent, n = 503, erstellt mit Datawrapper



Angaben in Prozent, n = 503, erstellt mit Datawrapper



Angaben in Prozent, n = 503, erstellt mit Datawrapper

Angaben in Prozent, n = 503, erstellt mit Datawrapper

Profile der potenziellen Wähler*innen

Sozioökonomisches Profil

Potenzielle Wähler*innen der CDU (Mittelwert: 57 Jahre, Standardabweichung: 15 Jahre) und der SPD (Mittelwert: 61 Jahre, Standardabweichung: 12 Jahre) haben ein überdurchschnittlich hohes Alter, potenzielle Wähler*innen von Bündnis 90/Die Grünen ein unterdurchschnittlich niedriges (Mittelwert: 39 Jahre, Standardabweichung: 17 Jahre). Potenzielle AfD-Wähler*innen (Mittelwert: 49 Jahre, Standardabweichung: 15 Jahre), solche der übrigen Parteien, Unentschlossene und Nichtwähler*innen haben jeweils ein durchschnittliches Alter, das sich statistisch nicht signifikant von dem aller Befragten (Mittelwert: 51 Jahre, Standardabweichung: 17 Jahre) unterscheidet. Hinsichtlich des Geschlechterverhältnisses sind keinerlei statistisch signifikanten Unterschiede zwischen den Wähler*innengruppen festzustellen. Bei den Bildungsabschlüssen fällt der relativ hohe Akademiker*innenanteil (41 %) bei potenziellen Wähler*innen von Bündnis 90/Die Grünen und der sehr hohe Anteil der mittleren (Realschul-)Abschlüsse bei AfD-Wähler*innen (66 %) auf. Potenzielle AfD-Wähler*innen verfügen überdurchschnittlich häufig über mittlere Einkommen (62 %), potenzielle Wähler*innen von Bündnis 90/Die Grünen überdurchschnittlich über höhere Einkommen (53 %). 49 % der potenziellen CDU-Wähler*innen und 46 % der potenziellen Wähler*innen von Bündnis 90/Die Grünen nehmen eine positive Einschätzung ihrer individuellen finanziellen Situation vor; die potenziellen Wähler*innen der anderen Parteien, die Unentschlossenen und die Nichtwähler*innen urteilen viel häufiger negativ bzw. schätzen ihre Situation maximal als „mittelmäßig“ ein.

Statusverlustangst

Der Aussage „Es macht mir Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten“ stimmen 41 % aller Befragten zu. Am niedrigsten ist der Anteilswert der Zustimmung bei potenziellen Wähler*innen von Bündnis 90/Die Grünen (17 %) und FDP (21 %), unter denen der LINKEN 26 %, unter denen der CDU 31 % und unter denen der AfD 51 %. Unter den potenziellen Wähler*innen der SPD ist der Anteil mit 72 % am höchsten.

Zukunftsprognose

Die Befragten wurden außerdem um die Beantwortung der folgenden Frage gebeten: „Wenn Sie an künftige Generationen in Thüringen denken, wird es denen besser, schlechter oder genauso gut gehen wie Ihnen?“ Insgesamt antworteten nur 17 % aller Befragten ausgesprochen optimistisch, 30 % gehen von gleichbleibenden Verhältnissen aus, die restlichen 53 % nehmen eine Verschlechterung

an. Potenzielle Wähler*innen der CDU sind am häufigsten optimistisch (46 %), Wähler*innen der „anderen Parteien“ (0 %) und der AfD (9 %) prognostizieren am seltensten eine Verbesserung.

Orientierungsverlust (Anomie)

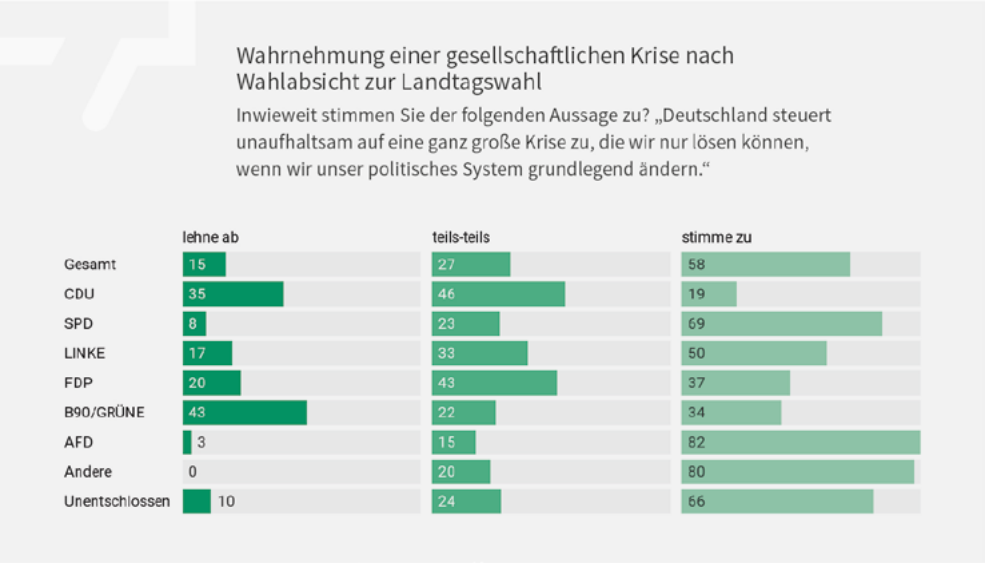
Der Aussage „Heute ändert sich alles so schnell, dass ich oft nicht weiß, woran ich mich halten soll“ stimmen 38 % der Befragten zu, potenzielle Wähler*innen der FDP am seltensten (14 %), zu 40 % jene der AfD und jene der SPD am häufigsten (64 %).

Vertrauen in Mitmenschen

Der Aussage „Es gibt nur wenige Menschen, auf die man sich verlassen kann“ stimmen 65 % aller Befragten zu, am seltensten potenzielle Wähler*innen von Bündnis 90/Die Grünen (38 %), am häufigsten jene der AfD (84 %). Nichtwähler*innen haben mit einem Anteilswert der Zustimmung zur Aussage i.H.v. 59 % eher durchschnittliches Vertrauen in ihre Mitmenschen.

Krisenwahrnehmung

Der Aussage „Deutschland steuert unaufhaltsam auf eine ganz große Krise zu, die wir nur lösen können, wenn wir unser politisches System grundlegend ändern“ stimmen insgesamt 58 % der Befragten zu. Allerdings sind die Anteile der Zustimmung auffällig erhöht bei potenziellen Wähler*innen der AfD (82 %) und jenen der „anderen Parteien“ (80 %), markant niedrig hingegen bei potenziellen Wähler*innen der CDU (19 %), FDP (37 %) und von Bündnis 90/Die Grünen (34 %).



Angaben in Prozent, n = 503, erstellt mit Datawrapper

Angaben in Prozent, n = 503, erstellt mit Datawrapper

Autoritäre Einstellungen

Die Autoritarismus-Messung in unserer Befragung orientiert sich an der des Thüringen-Monitors und der Leipziger Mitte-Studien/Autoritarismus-Studien und erfolgt durch die Beobachtung der Zustimmung der Befragten zu den folgenden zwei Aussagen:

(1) „In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand.“
(2) „Gegen Außenseiter und Nichtstuer sollte in der Gesellschaft mit aller Härte vorgegangen werden.“

Aus der jeweiligen Zustimmung oder Ablehnung der zwei Aussagen wird für alle Befragten eine Summenskala berechnet. Je höher deren Ausprägung ist, desto wahrscheinlicher ist das Vorliegen einer autoritären Orientierung bei den Befragten anzunehmen – entsprechend den theoretischen Überlegungen und Messkonventionen der Sozialpsychologie. U.a. aus den Analysen des Thüringen-Monitors ist bekannt, dass Befragte höheren Alters i. d. R. höhere Autoritarismuswerte aufweisen. Die niedrigeren Werte bei jüngeren Befragten werden vor allem mit dem gesellschaftlichen Wertewandel und veränderten Erziehungsstilen begründet. In unserem Websurvey weisen potenzielle SPD-Wähler*innen den höchsten Autoritarismus-Mittelwert auf und haben gleichzeitig von allen Befragtengruppen das höchste Durchschnittsalter. Der zweithöchste und statistisch signifikant über dem Gesamtmittel liegende Autoritarismuswert ist bei den potenziellen AfD-Wähler*innen zu konstatieren, die ihrerseits über

AfD-Wähler*innen sind häufiger autoritär eingestellt als Wähler*innen der meisten anderen Parteien.

ein niedrigeres (d. h. nicht vom Gesamtmittel erkennbar abweichendes) Durchschnittsalter verfügen. Potenzielle AfD-Wähler*innen sind demzufolge auffällig häufiger autoritär eingestellt als potenzielle CDU-, LINKE-, Grüne- und FDP-Wähler*innen sowie Unentschlossene. Nur von potenziellen Wähler*innen anderer Parteien und Nichtwähler*innen unterscheiden sich AfD-Wähler*innen hierbei nicht. Die Autoritarismus-Mittelwerte der zwei letztgenannten Befragtengruppen sind zwar um fast einen Skalenpunkt geringer als der Autoritarismus-Mittelwert der AfD-Wähler*innen, dieser Unterschied kann aber nicht als statistisch signifikant angenommen werden, was vermutlich auch den kleinen Fallgruppenbesetzungszahlen geschuldet ist. 76 % der potenziellen SPD-Wähler*innen und 73 % der potenziellen AfD-Wähler*innen befürworten den Ruf nach einer „starken Hand"; am seltensten stimmen der entsprechenden Aussage potenzielle Wähler*innen von FDP (36 %) und Bündnis 90/Die Grünen (41 %) zu. Insgesamt stimmen immerhin 55 % der Befragten zu. Die Forderung, gegen Außenseiter*innen und Nichtstuer*innen in der Gesellschaft mit aller Härte vorzugehen, unterstützen 50 % aller Befragten: 80 % der potenziellen SPD-Wähler*innen sowie 66 % der potenziellen AfD-Wähler*innen und nur 14 % der potenziellen FDP-Wähler*innen und 35 % der potenziellen Bündnis 90/Die Grüne-Wähler*innen. Die relativ niedrigen Anteilswerte der Zustimmung bei den potenziellen Wähler*innen von FDP und Bündnis 90/Die Grünen dürften auch auf deren z. T. „gehobenes" sozioökonomisches Profil und eine entsprechende Milieu-Zugehörigkeit zurückzuführen sein. Allerdings wird bei den Mittelwerten der oben diskutierten Autoritarismus-Summenskala keine statistisch signifikante Abweichung gegenüber den potenziellen Wähler*innen von CDU oder Linkspartei erzielt.

Einflussfaktoren auf die voraussichtliche Parteipräferenz der Befragten bei der Thüringer Landtagswahl

*Abgesehen von vielen Gemeinsamkeiten: Was unterscheidet die Wähler*innen bestimmter Parteien tendenziell am stärksten voneinander, welche gesellschaftlichen Probleme nehmen sie stärker wahr als andere Befragte und durch welche politische Themensetzungen fühlen sie sich vermutlich stärker angesprochen?*

Die statistische Modellschätzung liefert Hinweise darauf, inwieweit Befragte mit bestimmten Merkmalen, Einstellungen und Bewertungen stärker zur Wahl einer bestimmten Partei tendieren als zur Wahl einer anderen Partei.

Unseren Aussagen zur voraussichtlichen Parteipräferenz der Befragten bei der Landtagswahl am 27. Oktober 2019 liegt – neben der Auswertung einer Vielzahl von Kreuztabellen – eine komplexere statistische Modellschätzung zugrunde, die mit einiger Plausibilität Hinweise auf das bestehende *Einstellungsdifferenzial* bei den Wähler*innen liefert. Die sozioökonomischen Merkmale der Befragten, ihre politischen Einstellungen und ihre Antworten auf die Fragen zur gesellschaftlichen Entwicklung werden dabei zu Gliedern in einer Formel, mit der sich näherungsweise die **Wahrscheinlichkeit für eine bestimmte Wahlentscheidung** berechnen lässt. Von der jeweiligen Wahlentscheidung ausgehend kann beurteilt werden, was **verstärkende oder dämpfende Einflussfaktoren** sind. Aufgrund der zu kleinen Gruppenbesetzungszahlen bei den potenziellen Wähler*innen von SPD, FDP und sonstigen Parteien wurden die Modellberechnungen nur für CDU, DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grüne, AfD, Unentschlossene und Nichtwähler*innen durchgeführt. Gerade bei geringen Fallzahlen in den entsprechenden Befragtengruppen stößt das gewählte statistische Verfahren an seine mathematischen Grenzen, bei Einhaltung wesentlicher Gütekriterien liefern die vorliegenden Analysen allerdings wertvolle Hinweise für eine inhaltliche Interpretation.

Ausschlaggebend ist u. a., inwiefern die in die Schätzung aufgenommenen Befragtenmerkmale sowie Bewertungen und Einstellungsdaten markante Unterscheidungskriterien zwischen den potenziellen Wähler*innen der jeweils untersuchten Partei und allen anderen Befragten darstellen. Hier ist eine gewisse Vorsicht geboten, weil bestimmte Befragtenmerkmale, Bewertungen und Einstellungen in ähnlicher Weise vorliegen können, aber z. B. je nach politischer Grundorientierung, „Weltanschauung“, Vorlieben, strategischem Kalkül oder anderen Gründen, die in der Analyse nicht

erfasst werden können, eine ganz unterschiedliche Wahlentscheidung tendenziell verstärken oder dämpfen können – oder u.U. auch irrelevant sind. Die statistische Modellrechnung kann indessen zeigen, welche der Befragtenmerkmale, Bewertungen und Einstellungen eine spezifische Erklärungskraft hinsichtlich der spezifischen Parteiwahl besitzen, also bei den potenziellen Wähler*innen der jeweiligen Partei überdurchschnittlich ausgeprägt sind. Sie dürfen nicht als Faktoren interpretiert werden, die ausschließlich diesen Wähler*innen zuzuschreiben sind, sondern erhöhen nur in charakteristischer Weise die Tendenz bzw. Wahrscheinlichkeit, das Kreuz auf dem Wahlzettel an einer bestimmten Stelle zu machen. Im Modell der Wahlentscheidung für die AfD beispielsweise besagt das Maß der Modellgüte Nagelkerke's R^2=0,480, dass mithilfe der Merkmalskombination der signifikanten Einflussfaktoren die voraussichtliche Wahlentscheidung für die AfD in knapp der Hälfte der Fälle richtig „vorhergesagt" werden könnte, wenn die Wahlentscheidung selbst unbekannt wäre. Dies ist ein verhältnismäßig hoher Wert. Im Modell der Wahlentscheidung für Bündnis 90/Die Grünen ist die Güte mit Nagelkerke's R^2=0,425 ähnlich hoch, in den anderen Modellen ist sie recht ordentlich oder zumindest noch ausreichend, um die Effektstärken der relevanten Einflussgrößen sinnvoll zu deuten.

In der statistischen Modellrechnung konnte mithilfe der Merkmalskombination der signifikanten Einflussfaktoren die voraussichtliche Wahlentscheidung für die AfD in knapp der Hälfte der Fälle richtig „vorhergesagt" werden.

Aufgenommen wurden in die Analysen soziodemografische Angaben der Befragten, ihre Einschätzung der individuellen finanziellen Situation, ihre Zukunftsprognose für Thüringen, ihre Krisenwahrnehmung, ihre Zustimmung zu Aussagen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt, Statusverlustangst, Orientierungsverlust und das Vertrauen in Mitmenschen thematisieren, sowie ihr Autoritarismus-Skalenwert und ihre persönlichen Regressions-Faktor-Werte für drei Einstellungs-Dimensionen, die sich aus der unterschiedlichen Wahrnehmung von Sorgen angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung ergeben (s.u.).

Idealtypische Charakterisierung der potenziellen Wähler*innen

*(jeweils relevante Unterschiede zu potenziellen Wähler*innen aller anderen Parteien/ Unentschlossenen/Nichtwähler*innen)*

Wahlentscheidung für die CDU

ältere Befragte, die eher optimistisch sind, sich eher Mitte-rechts als links verorten, unterdurchschnittliche Krisenwahrnehmung haben (d. h. seltenere Unterstützung der Veränderung des „politischen Systems")

Wahlentscheidung für DIE LINKE

Befragte, die sich eher links der Mitte einordnen, tendenziell anomisch (mit Orientierungsverlust) sind, weniger Statusverlustangst bekunden, seltener Sorgen bzgl. Umwelt/ Klima/Arbeitskräftemangel haben

Wahlentscheidung für Bündnis 90/Die Grünen

jüngere Befragte mit leicht erhöhtem Einkommen, deutlich seltener Sorgen bzgl. Migration/Terrorismus/Kriminalität und deutlich häufiger Sorgen bzgl. Umwelt/Klima/Arbeitskräftemangel

Wahlentscheidung für AfD

Befragte, die sich sozialstrukturell der Mitte der Bevölkerung zurechnen lassen (typischerweise mit Realschulabschlüssen und mittleren Einkommen), die sich allerdings deutlicher als andere Befragte politisch rechts einordnen, autoritär eingestellt sind, erkennbar stärkere Krisenwahrnehmung haben und daher eine „grundlegende Änderung des politischen Systems" unterstützen, deutlich häufiger Sorgen bzgl. Migration/Terrorismus/Kriminalität und deutlich seltener Sorgen bzgl. Umwelt/Klima/Arbeitskräftemangel

Unentschlossene

Befragte mit tendenziell besserer Bewertung der eigenen finanziellen Situation, aber größeren Sorgen bzgl. sozialer Fragen, Armut, Chancengleichheit

*Nichtwähler*innen*

Befragte mit deutlich schlechterer Bewertung der eigenen finanziellen Situation

Sozioökonomische Faktoren sowie die Bewertung der eigenen finanziellen Situation haben nur geringen oder gar keinen Einfluss auf die Wahlentscheidung.

Tabelle 1 im Anhang zeigt die Ergebnisse von sechs (voneinander unabhängigen) **binär-logistischen Regressionsanalysen zur Wahlabsicht**. Zunächst ist zu konstatieren, dass sozioökonomische Faktoren sowie die Bewertung der eigenen finanziellen Situation durch die Befragten wenig oder keinen Effekt besitzen – also die Wahrscheinlichkeit zu einer bestimmten Wahlentscheidung nicht statistisch signifikant oder nur unwesentlich beeinflussen. Ältere Wähler*innen tendieren stärker zur CDU, jüngere stärker zu Bündnis 90/Die Grünen, solche mit höherem Einkommen ebenfalls leicht stärker zu Bündnis 90/Die Grünen. Die **Einschätzung der eigenen finanziellen Situation** entscheidet allerdings offenbar darüber, ob Befragte in ihrer Wahlentscheidung noch unentschlossen sind oder ob sie zur Nichtwahl tendieren: Eine positive Einschätzung prädestiniert eher dazu, an die Urne zu treten. Eine negative Einschätzung erhöht die Tendenz zur Nichtwahl – dies verweist vermutlich auf Verbitterung, Unzufriedenheit und eine erhebliche Distanz gegenüber dem Prinzip der Parteienwahl, dem nicht zugetraut wird, die Lage der entsprechenden Befragten zu verbessern (politische Apathie, geringe politische Partizipationsneigung).

Eine günstige **Prognose für zukünftige Generationen** in Thüringen prädestiniert am ehesten zu einer Wahlentscheidung für die CDU, deren potenzielle Wähler*innen also überdurchschnittlich optimistisch

erscheinen. Wähler*innen, die sich selbst politisch eher links der Mitte verorten, tendieren am deutlichsten zur Linkspartei, eine erkennbar „rechtere“ Selbsteinordnung verstärkt die CDU-Wahl, eine **Selbsteinordnung rechts der Mitte** verstärkt deutlich die Tendenz zur AfD-Wahl. Dies dürfte maßgeblich auch auf die Versuche der AfD zurückzuführen sein, das Label „rechts“ positiv zu konnotieren und zu entstigmatisieren. Das erscheint insbesondere vor dem Hintergrund der inhaltlichen Positionen, der organisationalen und institutionellen Verflechtungen sowie dem Führungspersonal der Thüringer AfD in höchstem Maße problematisch.

Autoritäre Einstellungen, eine Selbsteinordnung rechts der politischen Mitte sowie die Wahrnehmung einer „ganz großen Krise“, „die wir nur lösen können, wenn wir unser politisches System grundlegend ändern“, erhöht die Tendenz zur Wahlentscheidung für die AfD.

Auch Befragte, die **autoritär eingestellt** sind und stärker als andere **eine krisenhafte Entwicklung in Deutschland wahrnehmen**, neigen verstärkt der AfD zu – und zwar umso mehr, je mehr beide dieser Merkmale auf sie zutreffen. Die Krisenwahrnehmung unterscheidet sie erneut auffällig von potenziellen Wähler*innen der CDU. Je weniger eine Notwendigkeit gesehen wird, das **„politische System grundlegend zu ändern“**, desto wahrscheinlicher wird die CDU präferiert.

Befragte, die **Orientierungsverlust** verspüren, also als anomisch gelten, neigen am ehesten zur Wahl der LINKEN. **Statusverlustangst** dämpft allerdings die Wahrscheinlichkeit, sich ausgerechnet für diese Partei zu entscheiden. Hier deutet sich an, dass DIE LINKE in Thüringen derzeit nicht unbedingt als politische Kraft wahrgenommen wird, negative gesellschaftliche Entwicklungen aufzuhalten und deren Auswirkungen auf den persönlichen Nahbereich und auf das Leben vieler Menschen abzufangen. Jedoch ist auch nicht erkennbar, dass die Wahlentscheidung für eine der anderen Parteien wegen *individueller* Entsicherungsgefühle und aufgrund des Motivs, seinem Protest dagegen Ausdruck zu verleihen, ins Auge gefasst wird. Das betrifft bemerkenswerterweise auch die AfD, die offenbar eher wegen empfundener *kollektiver* Entsicherung und antizipierter kollektiver Deprivation gewählt wird – und wegen eines Unbehagens angesichts der Migrationsentwicklung, der Terrorgefahr und der Kriminalitätsentwicklung. Der entsprechende Effekt ist einer der stärksten in allen der hier diskutierten statistischen Modelle. Hier deutet sich an, dass die (Thüringer) AfD in besonderem Maße mittels ihres autoritären, völkischen Nationalismus, ihrer Angst-Rhetorik und der von ihr geschürten Untergangshysterie mobilisieren kann.

Die Thüringer AfD mobilisiert erkennbar mittels ihres autoritären, völkischen Nationalismus, ihrer Angst-Rhetorik und der von ihr geschürten Untergangshysterie. AfD-Wähler*innen haben signifikant häufiger Sorgen bezüglich Migration, Terrorismusgefahr und Kriminalitätsentwicklung als andere Befragte.

Im beobachteten Parteienspektrum ist dies das Alleinstellungsmerkmal der „Bewegungspartei" (Höcke), wodurch gleichzeitig die Traditionslinie aus anderen einschlägigen politischen Vereinigungen markiert ist, die mittlerweile von der AfD (in Thüringen und Deutschland) fast vollständig beerbt wurden (vgl. Richter 2018, Richter/Salheiser/Quent 2019).[5] Dass es nicht die individuellen sozioökonomischen Faktoren sind, die für eine AfD-Präferenz oder die Tendenz zu „rechtspopulistischen" Einstellungen ausschlaggebend sind, sondern politisch-kulturelle Bewertungen und kollektive Benachteiligungsgefühle (u. a. bezüglich regionaler Strukturdefizite), legen auch zahlreiche andere Untersuchungen nahe (vgl. z. B. Lengfeld/Dilger 2018, Rippl/Seipel 2018, Manow 2018; für *Thüringen*: Reiser et al. 2018, Best et al. 2018, Salomo 2019).[6]

Sorgen angesichts sozialer Fragen (z. B. wachsende „Schere zwischen Arm und Reich", mangelnde Chancengleichheit) verstärken die Tendenz, sich hinsichtlich der anstehenden Wahlentscheidung noch unentschlossen zu zeigen. Dies sollte als Signal an die demokratischen Parteien verstanden werden, die soziale Frage effektiv zu besetzen und überzeugende Problemlösungsvorschläge zu unterbreiten, um parteiungebundene und mögliche Wechselwähler*innen zu mobilisieren.

Besonders die noch unentschlossenen Befragten artikulieren Sorgen im Bereich der sozialen Gerechtigkeit. Dies sollte als Signal an alle demokratischen Parteien verstanden werden, auf diesem Themenfeld überzeugende Lösungen anzubieten.

Des Weiteren dämpfen die **Sorgen angesichts Migration, Terror und Kriminalität** markant die Tendenz, Bündnis 90/Die Grünen zu wählen. Die Tendenz zur

[5] Richter, Christoph (2018): „Die NPD hat der AfD den Weg geebnet" – Analyse des AfD-Mobilisierungserfolgs zur Bun¬destagswahl 2017. In: In: Wissen schafft Demokratie. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ), Jena, Band 3, Juli 2018, S. 148–157. Online unter: https://www.idzjena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WsD3/ Text_Richter.pdf.

Richter, Christoph, Salheiser, Axel & Quent, Matthias (2019): Die AfD zur Kreistagswahl in Thüringen 2019. Empirische Analysen zur Erklärung der Wahlergebnisse auf Gemeindeebene. Forschungsbericht, September 2019. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ), Jena. Online unter: https://www.idz-jena.de/im-dialog/weitere-publikationen/

[6] Lengfeld, Holger & Dilger, Clara (2018): Kulturelle und ökonomische Bedrohung. Eine Analyse der Ursachen der Parteiidentifikation mit der „Alternative für Deutschland" mit dem Sozioökonomischen Panel 2016, in: Zeitschrift für Soziologie, 47(3), S. 181–199.

Rippl, Susanne & Seipel, Christian (2018): Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie: Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen? Kölner Zeitschrift für Sozialpsychologie und Soziologie, 70, S. 237–254.

Manow, Philipp (2018): Die Politische Ökonomie des Populismus. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Reiser, Marion, Best, Heinrich, Salheiser, Axel & Vogel, Lars (2018): Heimat Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2018. Drucksache des Thüringer Landtags 6/6383, Erfurt.

Best, Heinrich, Miehlke, Marius & Salheiser, Axel (2018): Topografie des Rechtsextremismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Thüringen: Dokumentation und Analysen. Forschungsbericht 2018. Jena: Friedrich-Schiller-Universität, KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration.

Salomo, Katja (2019): The Residential Context as Source of Deprivation: Impacts on the Local Political Culture. Evidence from the East German State Thuringia." In: Political Geography, 2019, Jg. 69, März, S. 103–117.

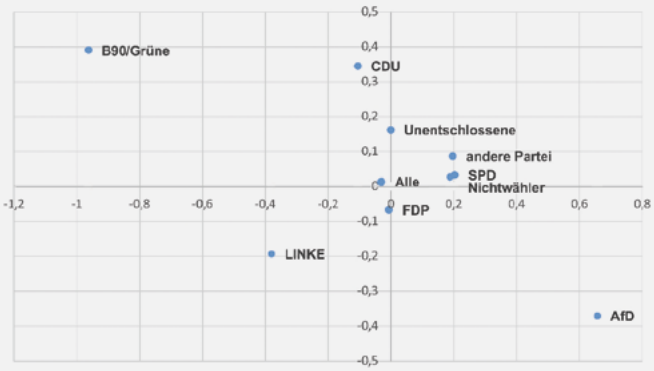
Menschenfeindlichkeit in Thüringen: Dokumentation und Analysen. Forschungsbericht 2018. Jena: Friedrich-Schiller-Universität, KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration.

Wer größere Sorgen im Bereich Umwelt, Klima und Arbeitskräftemangel verspürt, tendiert erkennbar zur Wahl von Bündnis90/Die Grünen.

Wahl dieser Partei wird entscheidend durch **Sorgen um die Umwelt, das Klima sowie den durch die demografische Entwicklung herbeigeführten Fachkräftemangel** verstärkt. Auch dies positioniert die potenziellen Wähler*innen von Bündnis 90/Die Grünen diametral zu denen der AfD, wie das **Diagramm** der jeweiligen Regressions-Faktorwerte der Sorgen-Faktoren 2 und 3 illustriert. Wer größere Sorgen im Bereich Umwelt, Klima und Arbeitskräftemangel verspürt, hat offenbar auch geringere Veranlassung zur Wahl der Linkspartei. Noch relevanter ist jedoch, dass sich für potenzielle Wähler*innen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen eine relativ hohe Übereinstimmung in der Empfindung von Sorgen abzeichnet und sie dies sowohl von den potenziellen Wähler*innen der anderen Parteien als auch von Unentschlossenen und Nichtwähler*innen absetzt.

Diagramm: Sorgen angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung

Regression Factor Scores (Mittelwerte) nach Wahlabsicht bei der Landtagswahl



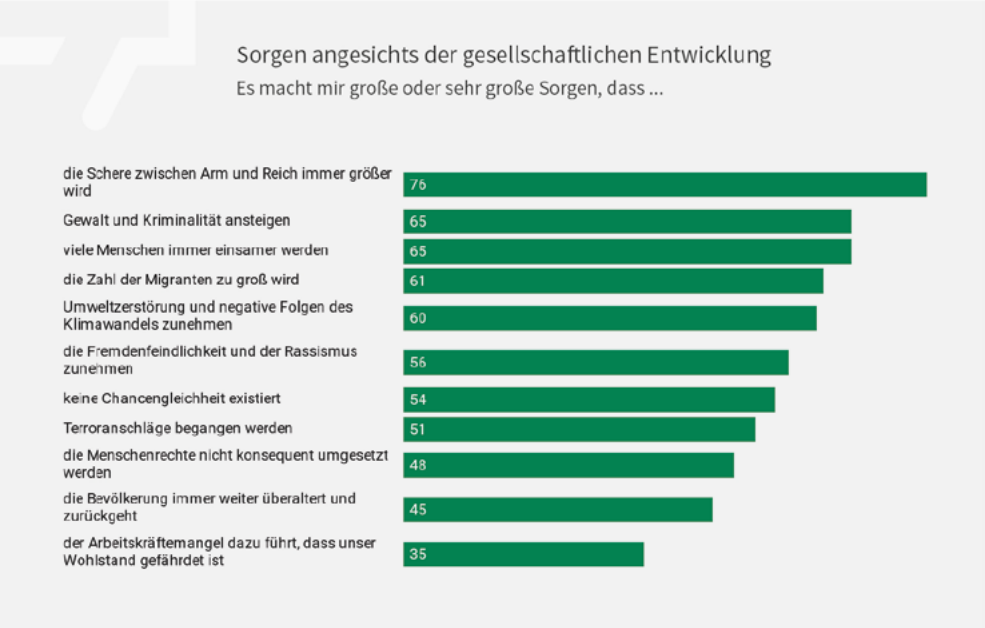
Vertikale Achse:
Sorgen-Faktor 3: Umwelt, Klima, Arbeitskräftemangel

Horizontale Achse:
Sorgen-Faktor 2: Migration, Terror, Kriminalität

Sorgen im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Entwicklung

Im Zusammenhang mit der derzeitigen Entwicklung in Thüringen verspürt ein beträchtlicher Teil der Befragten *große oder sehr große Sorgen*. So befürchten etwa drei Viertel der Befragten, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer größer wird. Jeweils zwei Drittel der Befragten sind besorgt, dass Gewalt und Kriminalität ansteigen und viele Menschen in unserer Gesellschaft immer einsamer werden.

Im Zusammenhang mit der derzeitigen Entwicklung in Thüringen verspürt ein beträchtlicher Teil der Befragten große oder sehr große Sorgen.



Angaben in Prozent, n = 503, erstellt mit Datawrapper

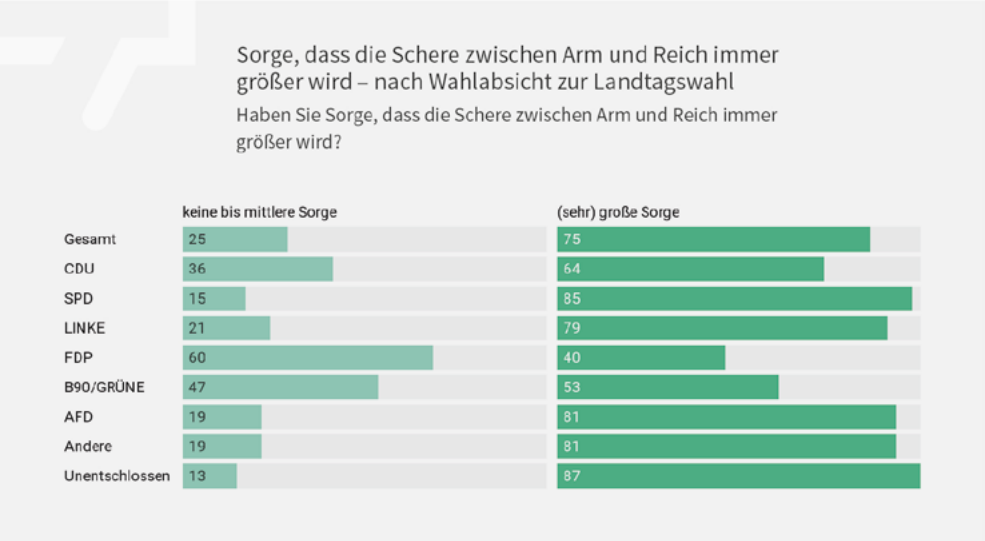
Aufgrund des Antwortverhaltens der Befragten, inwieweit sie angesichts der angeführten Aspekte jeweils Sorgen empfinden, können mittels einer sogenannten Faktorenanalyse (Hauptkomponentenanalyse; vgl. Tabelle 2 im Anhang) die folgenden drei Dimensionen identifiziert werden:

Sorgen-Faktor 1: *Soziales, Armut, Chancengleichheit*
Sorgen-Faktor 2: *Migration, Terror, Kriminalität*
Sorgen-Faktor 3: *Umwelt, Klima, Arbeitskräftemangel*

Dies bedeutet, dass sich in dem Antwortverhalten ein konsistentes Muster abbildet, nach dem verschiedene Befragtengruppen typischerweise stärker oder schwächer Sorgen artikulieren, die den jeweiligen Dimensionen (Faktoren) entsprechen. Bereits auf Grundlage der Zustimmung zu den Einzelaussagen ist einerseits ersichtlich, dass viele Sorgen mehrheitlich und von Befragten aller politischen Lager geteilt werden. Andererseits gibt es bemerkenswerte Abstufungen, die auch mit der Präferenz für eine bestimmte Partei zusammenhängen. Zusammenfassend kann in der Faktorauswertung gezeigt werden: Nur Befragte, die bei der Landtagswahl SPD wählen wollen und solche, die angeben, noch unentschlossen zu sein, haben eine statistisch signifikant erhöhte Ausprägung auf dem **Sorgen-Faktor 1 (Soziales, Armut, Chancengleichheit)** – bekunden also gegenüber anderen Befragten überdurchschnittlich große Sorgen auf diesem Themenfeld. Im Gegensatz dazu verspüren potenzielle FDP-Wähler*innen unterdurchschnittlich kleine Sorgen auf diesem Themenfeld. Die potenziellen Wähler*innen anderer Parteien sowie die Nichtwähler*innen unterscheiden sich in dieser Sorgenwahrnehmung nicht wesentlich voneinander.

Viele Sorgen angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung werden mehrheitlich und von Befragten aller politischer Lager geteilt, allerdings gibt es bemerkenswerte Abstufungen, die auch mit der Präferenz für eine bestimmte Partei zusammenhängen.

Eine überdurchschnittliche Ausprägung des **Sorgen-Faktors 2 (Migration, Terror, Kriminalität)** lassen die potenziellen AfD-Wähler*innen erkennen, dies zeichnet sie gegenüber allen anderen Befragtengruppen aus. Unterdurchschnittliche Sorgen auf diesem Gebiet verspüren potenzielle Wähler*innen der LINKEN, vor allem aber von Bündnis 90/Die Grünen. Zwischen der Sorgenwahrnehmung von potenziellen Wähler*innen der anderen Parteien, Unentschlossenen und Nichtwähler*innen bestehen keine statistisch signifikanten Differenzen.



Angaben in Prozent, n = 503, erstellt mit Datawrapper

Schätzfragen

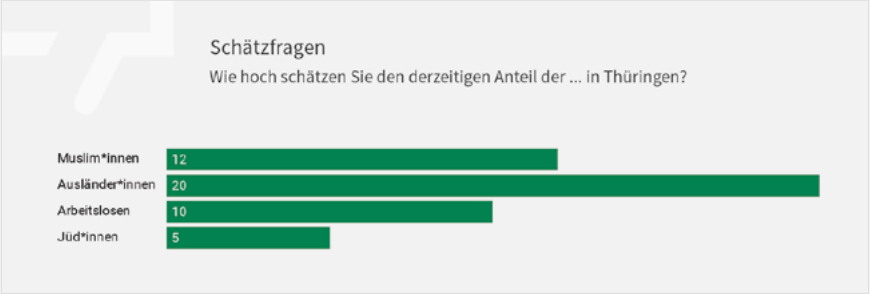
Zusätzlich zu den Einstellungs- und Bewertungsfragen wurden die Befragten gebeten, die Anteile bestimmter Minderheitsgruppen an der Thüringer Bevölkerung (in %) zu schätzen. Ein Kernbefund bezüglich der Antworten auf diese Schätzfragen ist, dass vielen Befragten die große *ethnisch-kulturelle und sozialstrukturelle Homogenität in Thüringen* offenbar kaum bewusst ist. Das zeigt sich an einer markanten Überschätzung des Anteils von Menschen mit nichtdeutscher Staatsbürgerschaft (Medianwert[7]: 20 %), von Muslim*innen (12 %) und Jüd*innen (5 %). Zum 31.12.2018 wurde der Anteil von Menschen mit nichtdeutscher Staatsbürgerschaft im Freistaat vom Thüringer Landesamt für Statistik mit 4,9 % angegeben; die Anteile von Muslim*innen und Jüd*innen können nur geschätzt werden, dürften derzeit aber jeweils kaum höher als 1 % sein.[8] Aber auch die Verbreitung des Problems der Arbeitslosigkeit ist gegenüber der tatsächlichen Arbeitsmarktsituation in der Wahrnehmung vieler Befragter bemerkenswert „vergrößert" (Medianwert: 10 %); bereits seit 2018 liegt der Anteil der Arbeitslosen im Freistaat – trotz konjunktureller und saisonaler Schwankungen – bei unter 6 %. Die markanten Fehleinschätzungen, die sich nur sehr eingeschränkt auf eine niedrige Bildung zurückführen lassen, sind unserer Einschätzung nach Anzeichen für *Herausforderungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts in einem Klima der gefühlten Entsicherung*. Beispielsweise basiert die Behauptung oder Annahme, es finde eine „Überfremdung" statt oder die ökonomische Entwicklung im Freistaat sei krisenhaft, (1) auf Informationsdefiziten bzw. selektiver Wahrnehmung und signalisiert somit (2) in Teilen der Bevölkerung eine Anschlussfähigkeit an rechtspopulistische Agitation. Diese Agitation zielt darauf ab, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu zerstören, indem u. a. Diversität als Problem aufgebauscht wird oder mit Fake-News über den Anteil von Migrant*innen an der Bevölkerung Ängste geschürt werden (z. B. „Umvolkung", „Multikulti", „Ausländerkriminalität"). Befragte, die sich selbst eher rechts der politischen Mitte verorten, neigen statistisch signifikant stärker zu einer Überschätzung des Anteils der Menschen mit nichtdeutscher Staatsbürgerschaft als andere Befragte, allerdings nicht zu einer auffällig stärkeren Überschätzung des Anteils der Muslim*innen, Jüd*innen oder Arbeitslosen.

Viele Befragte überschätzen deutlich die Anteile von Menschen mit Migrationshintergrund, von Muslim*innen und Jüd*innen sowie von Arbeitslosen an der Thüringer Bevölkerung.

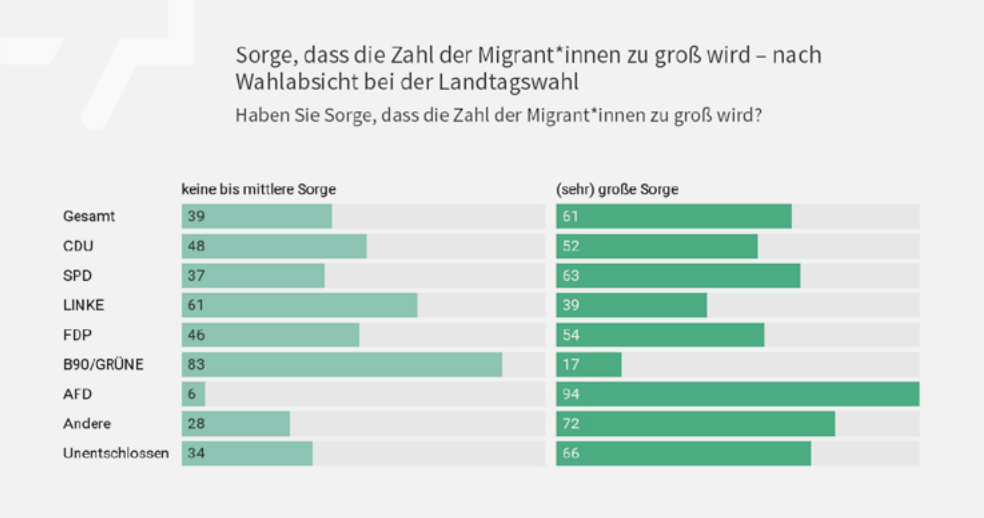
[7] Im Unterschied zum arithmetischen Mittelwert ist der Median (der Wert auf dem mittleren Rangplatz einer geordneten Wertereihe) robuster gegenüber „Ausreißer"-Werten, in diesem Fall: extremen Überschätzungen oder eventuellen Scherzantworten.

[8] Vgl. dazu https://www.muslimisch-in-ostdeutschland.de/regionale-informationen/muslim_innen-in-ostdeutschland/ [30.09.2019] bzw. http://www.jlgt.org/geschich.html [30.09.2019]

Dass Migration und Integration auch in der Thüringer Bevölkerung mehrheitlich als wichtiges Problem empfunden wird, wie unsere Befragungsdaten belegen, liegt demzufolge vermutlich nicht nur an der Wahrnehmung oder Antizipation negativer Phänomene und Entwicklungen, sondern auch an einer verbreiteten *unrealistischen Beschreibung* (!) der gesellschaftlichen Gegenwart. Die Sichtbarkeit von Migration und Diversität, gerade das Hören von marginalisierten Stimmen (aus ethnischen, kulturellen und sozialen Minderheitsgruppen), und interkulturelles Lernen sind zentral für Demokratie, Politik und Zivilgesellschaft.



Angabe des jeweiligen Medianwertes der Schätzung in Prozent, n = 503, erstellt mit Datawrapper



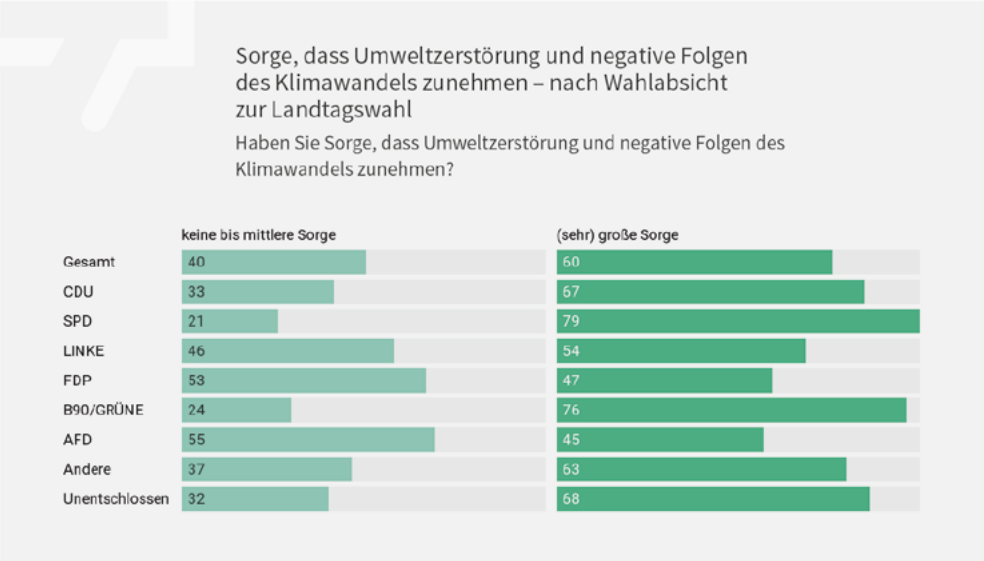
Angaben in Prozent, n = 503, erstellt mit Datawrapper

Bei **Sorgen-Faktor 3 (Umwelt, Klima, Arbeitskräftemangel)** erzielen potenzielle Wähler*innen von Bündnis 90/Die Grüne den höchsten Wert, der sich allerdings statistisch nicht signifikant von dem zweithöchsten Wert, dem der potenziellen CDU-Wähler*innen, unterscheidet. Markant ist hier der Unterschied zu den potenziellen AfD-Wähler*innen, die am wenigsten Sorgen auf diesem Themenfeld artikulierten. Potenzielle Wähler*innen der LINKEN haben den zweitniedrigsten Durchschnittswert, der sich nicht statistisch signifikant von dem der potenziellen AfD-Wähler*innen oder dem anderer Wähler*innengruppen unterscheidet. Das bedeutet jedoch nicht, dass eine ähnliche Position in Klimafragen bzw. eine eventuell abweichende Einstellung bezüglich der politischen

Prioritätensetzung bei den potenziellen Wähler*innen verschiedener Parteien in gleichem Maße die Wahlentscheidung beeinflussen muss.

Inwieweit die jeweiligen Sorgen-Faktoren auch unter Drittvariablenkontrolle anderer Merkmale im eigentlichen Sinne als bedeutsam für die Parteipräferenz angenommen werden können, wurde in den statistischen Modellen zur Wahlabsicht geprüft (s. o.). Zusammenfassend zeichnet sich hier ab, dass sowohl die *Migrationsfrage* als auch die *Umwelt-/Klimafrage* wichtige aktuelle politische und soziokulturelle Konfliktlinien („Cleavages“) sind. Auf die Wähler*innenschaft der meisten Parteien bezogen scheint die soziale Frage hingegen offenbar kaum Varianz zu erklären – gleichzeitig heißt das: Ihr wird allgemein hohe Bedeutung beigemessen. Ausnahme sind hier am ehesten die potenziellen FDP-Wähler*innen, die aufgrund der eigenen sozioökonomischen Etablierung größere Distanz oder Indifferenz zum Themenfeld aufweisen, aber ohnehin nur einen geringen Teil der Wähler*innen darstellen.

Der sozialen Frage wird allgemein hohe Bedeutung beigemessen.



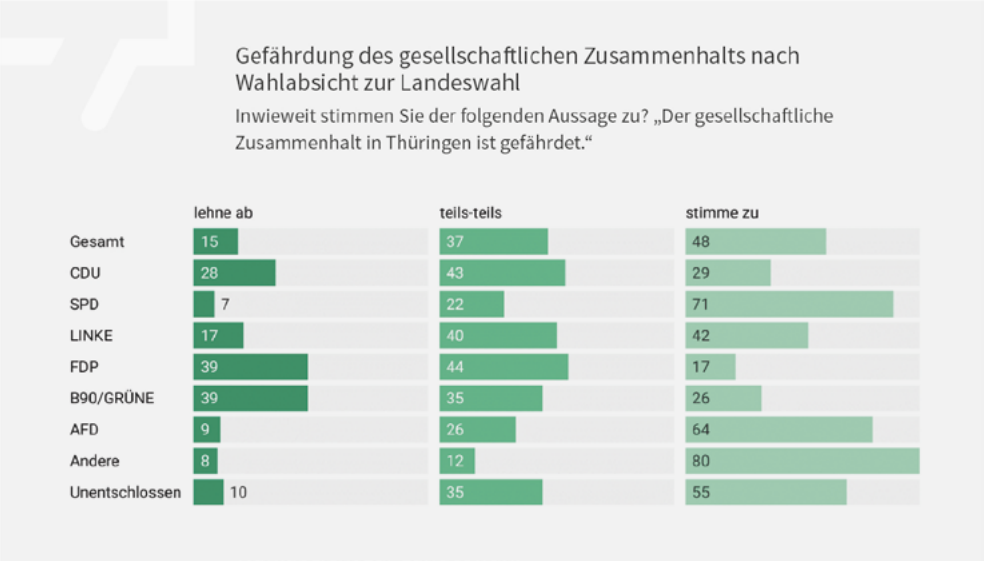
Angaben in Prozent, n = 503, erstellt mit Datawrapper

Gesellschaftlicher Zusammenhalt und dessen Gefährdung

Knapp die Hälfte aller Befragten betrachtet den *gesellschaftlichen Zusammenhalt in Thüringen als bedroht*; ein weiteres Drittel erkennt dies zumindest teilweise. Diese Wahrnehmung zieht sich durch alle politischen Lager und sozialen Schichten. Allerdings nehmen Frauen häufiger (54 %) als Männer (43 %) eine Gefährdung wahr, außerdem steigt die Wahrscheinlichkeit der Zustimmung zur entsprechenden Frage mit einer negativeren Einschätzung der individuellen finanziellen Situation und einer negativeren Zukunftsprognose durch die Befragten. Befragte, die in der Landtagswahl ihre Stimme voraussichtlich der AfD geben werden, erkennen überdurchschnittlich häufig eine Gefährdung (64 %), potenzielle Wähler*innen von Bündnis 90/Die Grünen (29 %) und der CDU (26 %) hingegen deutlich seltener. Auch Befragte, die sich selbst eher der „Unterschicht“ oder der Arbeiterschicht als der Mittel- oder Oberschicht zurechnen, tendieren stärker zur Wahrnehmung der Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes als entsprechende Vergleichsgruppen.

Knapp die Hälfte aller Befragten betrachten den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Thüringen als bedroht; ein weiteres Drittel erkennt dies zumindest teilweise.

Angaben in Prozent, n = 503, erstellt mit Datawrapper



Angaben in Prozent, n = 503, erstellt mit Datawrapper

Zu den Themen, die aus der Sicht der Befragten *sehr wichtig oder wichtig* für den Zusammenhalt in unserem Land sind, gehören vor allem die Erhöhung der Bildungschancen, die Erhöhung der Löhne und Gehälter und eine sozial gerechte Klima- und Energiepolitik, aber beispielsweise auch das ehrenamtliche Engagement und die Bewahrung einer identitätsstiftenden, nationalen Kultur. Die Integration von Migrant*innen wird deutlich seltener als wichtig oder sehr wichtig betrachtet.

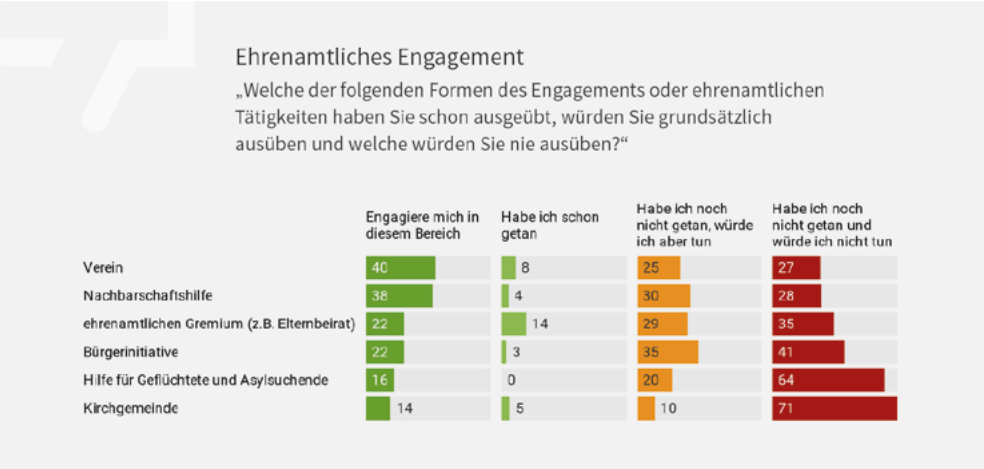
Was ist wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Die meisten Befragten benennen hier soziale Aspekte.

Angaben in Prozent, n = 503, erstellt mit Datawrapper

Ehrenamtliches Engagement

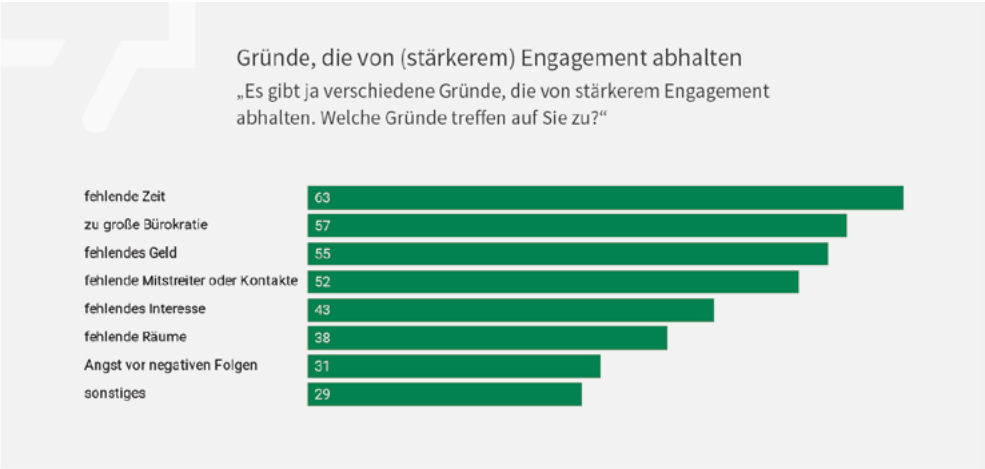
Die Befragung zeigt die starke Verankerung des Ehrenamtes in Thüringen, beklagt werden allerdings u. a. bürokratische Hürden, Zeit- und Geldmangel. Fast ein Drittel der Befragten nennt im Zusammenhang mit ehrenamtlichem Engagement die Angst vor negativen Folgen, z. B. Anfeindungen.

Das *Engagement* bzw. die *Engagementbereitschaft* vieler Thüringer*innen ist hoch, gerade in der Nachbarschaftshilfe und in gemeinnützigen Vereinen. 59 % der Befragten gaben an, sich in irgendeiner Form ehrenamtlich zu engagieren. Hier ist also die starke Verankerung des Ehrenamtes in Thüringen zu erkennen. Bedenklich stimmt allerdings, dass fast ein Drittel der Befragten angab, im Zusammenhang mit ehrenamtlichem Engagement auch Angst vor negativen Folgen, zum Beispiel vor Anfeindungen, zu haben. Demzufolge ist sehr wichtig, dass diese Menschen mehr Anerkennung und Unterstützung erfahren. Neben der Entbürokratisierung wünscht sich die Mehrheit der ehrenamtlich Engagierten eine bessere finanzielle Förderung. Wahrgenommene Hindernisse für ehrenamtliches Engagement sind vor allem bürokratische Hürden (57 %), fehlendes Geld (55 %) sowie fehlende Kontakte oder Mitstreiter*innen (52 %). Die meisten Befragten (63 %) nannten Zeitmangel als Problem. Drei Viertel der Befragten unterstützen die jüngst veröffentlichte Forderung des Deutschen Kulturrates, nach der Ehrenamtliche künftig kostenlos mit Bus und Bahn fahren können sollten.[9]



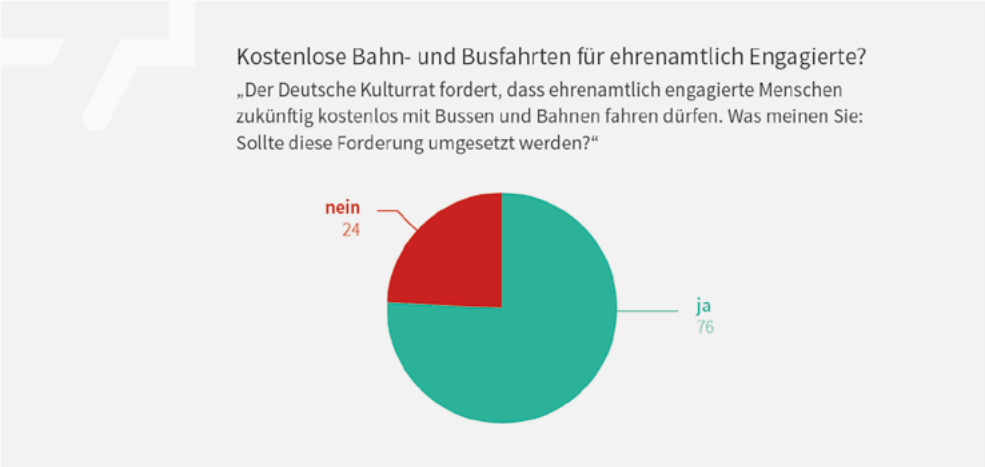
Angaben in Prozent, n = 503, erstellt mit Datawrapper

[9] Vgl. https://www.kulturrat.de/presse/pressemitteilung/forderung-freifahrten-in-bus-und-bahnen-fuer-ehrenamtlich-engagierte-menschen/ [30.09.2019].



Angaben in Prozent, n = 503, erstellt mit Datawrapper

Angaben in Prozent, n = 503, erstellt mit Datawrapper



Angaben in Prozent, n = 503, erstellt mit Datawrapper

Zusammenfassung

Die repräsentative Befragung des *IDZ* im Vorfeld der Thüringer Landtagswahl 2019 hat gezeigt, dass die Polarisierung der politischen Kultur in Thüringen weit fortgeschritten ist. Dabei bietet sich – trotz einer anzunehmenden leichten Stichprobenverzerrung – in den Daten grundsätzlich fast das gleiche Bild, das sich auch in anderen aktuellen Befragungen zur Thüringenwahl abzeichnet: Es ist derzeit eher unwahrscheinlich, dass eine klare Regierungsmehrheit zustande kommt. Und obwohl sich viele Befragte für eine Fortsetzung der bisherigen rot-rot-grünen Koalition aussprechen und deutlich weniger Befragte eine CDU-geführte Koalition befürworten, präferiert die absolute Mehrheit offenbar einen Regierungswechsel oder zumindest eine veränderte Regierungskonstellation. Aus den Befragungsdaten geht allerdings nicht hervor, inwiefern dies auf die jeweiligen Spitzenkandidaten zurückgeführt werden kann.

Darüber hinaus bieten die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung einige stichhaltige Hinweise darauf, dass alle demokratischen Parteien gut daran tun, sich in Fragen der Migrations-, Integrations- und Asylpolitik **klar von der AfD abzugrenzen**. Auch um bisher noch Unentschlossene zu mobilisieren, sollten die demokratischen Parteien verstärkt soziale Themen fokussieren, z. B. die Bekämpfung der sozialen Ungleichheit, die Chancengleichheit sowie die Bewältigung der ökonomischen, strukturellen, demografischen und ökologischen Herausforderungen.

Trotz der besorgniserregenden Normalisierung der AfD und ihrer voraussichtlich hohen Stimmenanteile wird die Partei von den befragten Thüringer*innen mehrheitlich kritisch eingeschätzt; sie **erteilen Koalitionsverhandlungen mit der AfD eine Absage**. Jene, die beabsichtigen, der Thüringer AfD ihre Stimme zu geben, entstammen zwar in sozialstruktureller Hinsicht überwiegend der „Mitte der Gesellschaft“, sie sind aber dem rechtsautoritären soziopolitischen Milieu zuzurechnen und unterscheiden sich damit in ihren Einstellungen z. T. markant von der Mehrheit der Wahlberechtigten – beispielsweise was ihre pessimistischen Zukunftsaussichten anbetrifft. (Potenzielle) AfD-Wähler*innen im politischen Betrieb nicht auszugrenzen, sondern als Bürger*innen des Freistaats mitzurepräsentieren, muss in erster Linie heißen, gute Sozial-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik für alle Menschen zu machen, die in Thüringen leben – ohne sich dabei den antiliberalen, antiegalitären, autoritären, nationalistischen und radikalen Positionen der AfD anzunähern. Die AfD versucht, die demokratische Institutionenordnung zu destabilisieren und das Land in eine Krise zu stürzen, von der nur sie profitieren würde. Dieser Politik entschlossen entgegenzutreten, bedeutet den als gefährdet wahrgenommenen **gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken**. In Hinblick auf die anstehenden Thüringer Landtagswahlen am 27. Oktober ist festzuhalten: Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts bleiben von höchster Relevanz.

AfD-Wähler*innen im politischen Betrieb nicht auszugrenzen, sondern als Bürger*innen des Freistaats mitzurepräsentieren, muss in erster Linie heißen, gute Sozial-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik zu machen – ohne sich den autoritären, nationalistischen Positionen der AfD anzunähern.

TABELLENANHANG

Tabelle 1

Wahlabsicht zur Thüringer Landtagswahl 2019: Statistische Einflussfaktoren, die eine bestimmte Parteipräferenz erhöhen (Auswahl)

	CDU				LINKE				GRÜNE				AfD				Untentschlossene				Nichtwähler*innen			
Einflussfaktoren	Exp(B)	Sig.	95 %-KI für Exp(B)		Exp(B)	Sig.	95 %-KI für Exp(B)		Exp(B)	Sig.	95 %-KI für Exp(B)		Exp(B)	Sig.	95 %-KI für Exp(B)		Exp(B)	Sig.	95 %-KI für Exp(B)		Exp(B)	Sig.	95 %-KI für Exp(B)	
			UG	OB			UG	OB			UG	OB			UG	OB			UG	OB			UG	OB
Alter: höher	**1,027**	**,039**	**1,001**	**1,054**	1,002	,865	,981	1,023	**,952**	**,000**	**,926**	**,978**	1,003	,830	,980	1,026	1,008	,338	,991	1,025	,996	,808	,962	1,030
Geschlecht: weiblich	1,509	,317	,674	3,381	,744	,403	,372	1,488	1,814	,194	,739	4,453	1,259	,533	,610	2,598	,973	,921	,559	1,691	,814	,712	,272	2,431
Schulabschluss: höher	,848	,466	,545	1,320	1,302	,231	,845	2,007	,872	,609	,516	1,474	1,158	,575	,693	1,934	,907	,569	,647	1,270	1,187	,646	,570	2,471
Haushaltsnettoeinkommen: höher	1,000	,923	,998	1,002	,998	,087	,995	1,000	**1,002**	**,037**	**1,000**	**1,003**	,999	,235	,998	1,001	1,000	,419	,999	1,001	1,001	,309	,999	1,003
eigene finanzielle Situation: besser	1,051	,836	,655	1,688	,719	,095	,488	1,059	1,581	,074	,957	2,613	1,132	,548	,756	1,694	**1,479**	**,017**	**1,072**	**2,041**	**,444**	**,009**	**,242**	**,813**
Prognose für zukünftige Generationen in Thüringen: besser	**2,186**	**,000**	**1,413**	**3,383**	1,010	,961	,678	1,504	,892	,674	,523	1,521	1,009	,963	,676	1,507	-,930	,638	,687	1,259	,689	,230	,374	1,267
Links-Mitte-Rechts-Selbsteinordnung: rechter	**1,278**	**,036**	**1,016**	**1,608**	**,537**	**,000**	**,436**	**,661**	1,122	,374	,870	1,447	**2,020**	**,000**	**1,579**	**2,586**	,933	,326	,813	1,071	1,045	,776	,772	1,416
Autoritarismus: höher	,966	,770	,767	1,217	1,096	,400	,885	1,358	1,192	,213	,904	1,570	**1,338**	**,012**	**1,066**	**1,679**	,934	,398	,796	1,095	1,081	,648	,773	1,513
Krisenwahrnehmung: „Deutschland steuert unaufhaltsam auf eine ganz große Krise zu, die wir nur lösen können, wenn wir unser politisches System grundlegend ändern." (Zustimmung: höher)	**,526**	**,002**	**,351**	**,790**	,769	,157	,534	1,106	,865	,544	,542	1,382	**1,542**	**,049**	**1,002**	**2,373**	1,309	,087	,962	1,783	1,218	,578	,608	2,443
Zusammenhalt: „Der gesellschaftliche Zusammenhalt in Thüringen ist gefährdet." (Zustimmung: höher)	1,258	,347	,780	2,030	,964	,867	,627	1,483	,739	,271	,432	1,266	,750	,247	,460	1,221	,922	,652	,650	1,310	,921	,823	,448	1,893

Orientierungsverlust (Anomie): „Heute ändert sich alles so schnell, dass ich oft nicht weiß, woran ich mich halten soll." (Zustimmung: höher)	,939	,773	,612	1,440	**1,926**	**,000**	**1,343**	**2,762**	1,428	,155	,874	2,334	,871	,446	,612	1,242	,919	,539	,701	1,204	,986	,956	,590	1,647
Generalisiertes Misstrauen: „Es gibt nur wenige Menschen, auf die man sich verlassen kann." (Zustimmung: höher)	1,005	,981	,689	1,466	1,140	,464	,803	1,618	,735	,119	,498	1,083	1,204	,361	,808	1,794	-1,023	,877	,769	1,360	1,311	,454	,646	2,658
Statusverlustangst: „Es macht mir Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten." (Zustimmung: höher)	,852	,498	,537	1,352	**,680**	**,039**	**,471**	**,981**	,819	,374	,528	1,272	1,134	,544	,755	1,704	1,147	,355	,857	1,536	1,352	,373	,696	2,628
Sorgen-Faktor 1: Soziales, Armut, Chancengleichheit	,883	,563	,580	1,345	,854	,394	,593	1,229	,929	,760	,578	1,493	1,261	,233	,862	1,846	**1,462**	**,016**	**1,074**	**1,990**	,586	,081	,322	1,068
Sorgen-Faktor 2: Migration, Terror, Kriminalität	,991	,969	,620	1,583	,724	,121	,482	1,089	**,250**	**,000**	**,135**	**,463**	**2,285**	**,001**	**1,399**	**3,734**	1,187	,302	,858	1,642	,888	,726	,458	1,724
Sorgen-Faktor 3: Umwelt, Klima, Arbeitskräftemangel	1,357	,125	,919	2,003	**,451**	**,000**	**,309**	**,659**	**2,095**	**,002**	**1,302**	**3,371**	**,707**	**,047**	**,503**	**,995**	1,205	,173	,921	1,576	1,311	,322	,767	2,240
Konstante	,005	,015			4,003	,446			,141	,337			,000	,000			,068	,074			,030	,238		
Nagelkerke's R^2 (Modellgüte)	**,323**				**,375**				**,425**				**,480**				**,118**				**,204**			

Binär-logistische Regressionsanalysen, n=403

Binäre Kodierung der abhängigen Variablen: 0=alle anderen Parteien (zzgl. Unentschlossen und Nichtwahl); 1=angegebene Partei (bzw. unentschlossen oder Nichtwahl).
Fallausschlüsse durch fehlende Angaben in den unabhängigen Variablen.
Exp (B) gibt an, wie stark ein Erklärungsfaktor (das Eintreten des Merkmals oder die Erhöhung um eine Faktorstufe, d. h. um eine Einheit des angegebenen Merkmals) das Wahrscheinlichkeitsverhältnis (Odds Ratio) zwischen Eintreten und Nichteintreten des Zielereignisses (hier: Parteientscheidung) beeinflusst. Vereinfacht ausgedrückt bedeutet ein **Exp (B) >1 die Erhöhung** der Eintrittswahrscheinlichkeit, ein **Exp (B) < 1 die Senkung** der Eintrittswahrscheinlichkeit.
Statistisch signifikante Effekte mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit p<,05 sind durch Fettdruck hervorgehoben.
95 %-KI: Konfidenzintervalle; anzunehmende Schwankungsbereiche der Effektstärken in den angegebenen Unter- (UG) und Obergrenzen (OG).

Tabelle 2

Faktorenanalyse (Hauptkomponentenanalyse) der Sorgen angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung

Erklärte Gesamtvarianz									
Komponente	Anfängliche Eigenwerte			Summen von quadrierten Faktorladungen für Extraktion			Rotierte Summe der quadrierten Ladungen		
	Gesamt	% der Varianz	Kumulierte %	Gesamt	% der Varianz	Kumulierte %	Gesamt	% der Varianz	Kumulierte %
1	3,899	3,899	35,448	3,899	35,448	35,448	**2,377**	21,608	21,608
2	1,443	1,443	48,565	1,443	13.,118	48,565	**2,308**	20,986	42,594
3	1,029	1,029	57,921	1,029	9,355	57,921	**1,686**	15.327	57,921
4	,901	0,901	66,112						
5	,708	0,708	72,549						
6	,634	0,634	78,311						
7	,574	0,574	83,532						
8	,522	0,522	88,275						
9	,510	0,510	92.913						
10	,391	0,391	96,471						
11	,388	0,388	100,000						
Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse.									

Koeffizientenmatrix der Komponentenwerte			
	1	2	3
Sorge: Gewalt und Kriminalität ansteigen	-,018	,343	-,055
Sorge: Terroranschläge begangen werden	-,072	,353	,040
Sorge: die Zahl der Migranten zu groß wird	-,083	,432	-,150
Sorge: die Fremdenfeindlichkeit und der Rassismus zunehmen	,190	-,212	,239
Sorge: die Bevölkerung immer weiter überaltert und zurückgeht	,138	-,140	,255
Sorge: die Schere zwischen Arm und Reich immer größer wird	,376	-,051	-,124
Sorge: Umweltzerstörung und negative Folgen des Klimawandels zunehmen	-,113	-,059	,548
Sorge: viele Menschen immer einsamer werden	,228	,057	-,009
Sorge: keine Chancengleichheit existiert	,403	-,074	-,152
Sorge: die Menschenrechte nicht konsequent umgesetzt werden	,295	-,006	-,067
Sorge: der Arbeitskräftemangel dazu führt, dass unser Wohlstand gefährdet ist	-0,307	,207	,510

Regression Factor Scores (Mittelwerte)			
Voraussichtliche Wahlentscheidung bei der Landtagswahl	Sorgen-Faktor 1: **Soziales, Armut, Chancengleichheit**	Sorgen-Faktor 2: **Migration, Terror, Kriminalität**	Sorgen-Faktor 3: **Umwelt, Klima, Arbeitskräftemangel**
CDU	-,3859378	-,1039899	**,3444674**
SPD	**,4998491**	,2050800	,0321950
LINKE	,0733553	**,3791157**	-0,1937952
FDP	**-,7753347**	-,0041075	-0,0670640
B90/GRÜNE	**-,4017425**	**-,9618840**	**,3894271**
AfD	,0003879	**,6578582**	**-,3707358**
andere Partei	,1065316	,1990845	,0865659
Nichtwähler	-,2011555	,1895516	,0274292
Unentschlossene	**,2508863**	,0011289	,1623361
Alle	-,0084826	-,0284166	,0135457

Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse. Rotationsmethode: Varimax mit Kaiser-Normalisierung. Die Rotation ist in 7 Iterationen konvergiert.
Datengrundlage der Hauptkomponentenanalyse waren die z-transformierten dichotomisierten Variablen zur Wahrnehmung der Sorgen angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung.

Tabelle 3

Deskriptive Statistiken

		CDU	SPD	DIE LINKE	FDP	BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN	AfD	andere Parteien	Nicht-wähler	Unent-schlos-sene	Gesamt
Fallzahl	(gültige Antworten bei Wahlfrage)	**50**	**25**	**88**	**14**	**42**	**84**	**27**	**29**	**108**	**466**
Alter	arithm. Mittel (in Jahren)	57	61	51	48	39	49	46	51	53	51
	Standardabweichung (in Jahren)	15	12	18	18	17	15	14	14	18	17
Anteilswerte in Spaltenprozent											
Geschlecht	männlich	56	20	58	64	57	52	56	52	47	52
	weiblich	44	80	42	36	43	48	44	48	53	48
	Gesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Schulabschluss	ohne Schulabschluss	10					1		3		2
	Noch in schulischer Ausbildung			1		5		4			1
	Haupt-(Volks-) Schulabschluss	16	44	27	21	14	17	15	27	36	25
	Realschul- oder gleich-wertiger Abschluss (POS, Mittlere Reife)	43	36	43	43	41	66	48	57	40	47
	Abitur, Fachhochschulreife	31	20	28	36	41	17	33	13	24	26
	Gesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Haushaltsnettoeinkommen	bis unter 1.500 Euro	27	4	27	9	15	20	25	67	20	24
	1.500 Euro bis unter 3.000 Euro	53	83	51	36	32	62	46	21	62	53
	3.000 Euro und höher	20	13	22	55	53	17	29	13	18	23
	Gesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
eigene finanzielle Situation	sehr schlecht	2		9		2	7	20	30	4	7
	eher schlecht	18	54	12	8	17	23	28	17	22	21
	mittelmäßig	31	42	53	46	34	49	40	43	52	46
	eher gut	45	4	24	46	24	19	12	10	19	22
	sehr gut	4		2		22	1			4	4
	Gesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Zukunftsprognose: Wenn Sie an künftige Generationen in Thüringen denken, wird es denen besser, schlechter oder genauso gut gehen wie Ihnen?	viel schlechter	2		4	20	14	14	19	35	10	11
	etwas schlechter	22	50	42	33	12	49	67	27	58	43
	genauso gut	30	36	42	20	55	28	15	15	18	30
	etwas besser	35	14	13	27	14	7		23	13	15
	viel besser	11				5	1			1	2
	Gesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Tabelle 3 – Fortsetzung

		CDU	SPD	DIE LINKE	FDP	BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN	AfD	andere Parteien	Nicht-wähler	Unent-schlos-sene	Gesamt
Wenn von Politik die Rede ist, hört man immer wieder die Begriffe 'links' und 'rechts'. Wir hätten gerne von Ihnen gewusst, ob Sie sich selbst eher links oder eher rechts einstufen.	links	16	28	58	7	32	4	18	13	25	26
	Mitte	74	72	38	79	61	52	71	83	65	60
	rechts	10		5	14	7	44	11	3	10	14
	Gesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Krisenwahrnehmung: „Deutschland steuert unaufhaltsam auf eine ganz große Krise zu, die wir nur lösen können, wenn wir unser politisches System grundlegend ändern.“	lehne ab	35	8	18	21	44	3		7	10	15
	teils-teils	46	24	32	43	22	15	19	36	24	27
	stimme zu	19	68	50	36	34	83	81	57	66	58
	Gesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
„Der **gesellschaftliche Zusammenhalt** in Thüringen ist gefährdet.“	lehne ab	29	8	17	43	39	10	8		10	16
	teils-teils	43	20	41	43	34	26	12	54	35	34
	stimme zu	29	72	42	14	27	65	81	46	55	50
	Gesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Orientierungsverlust (Anomie): „Heute ändert sich alles so schnell, dass ich oft nicht weiß, woran ich mich halten soll.“	lehne ab	45	12	22	50	48	21	27	10	23	26
	teils-teils	26	24	38	36	29	39	46	59	33	36
	stimme zu	30	64	40	14	24	40	27	31	44	38
	Gesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Vertrauen: „Es gibt nur wenige Menschen, auf die man sich verlassen kann.“	lehne ab	20	8	12	21	33	5	7		5	11
	teils-teils	26	12	33	14	29	11	15	41	27	24
	stimme zu	54	80	55	64	38	84	78	59	68	65
	Gesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Statusverlustangst: „Es macht mir Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten.“	lehne ab	49	12	20	50	49	17	7	14	25	26
	teils-teils	20	16	55	29	34	32	26	36	26	33
	stimme zu	31	72	26	21	17	51	67	50	49	41
	Gesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Autoritarismus (1): „In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand.“	lehne ab	23	12	22	50	24	9	19	11	8	16
	teils-teils	27	12	29	14	36	18	27	25	42	29
	stimme zu	50	76	49	36	41	73	54	64	51	55
	Gesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Autoritarismus (2): „Gegen Außenseiter und Nichtstuer sollte in der Gesellschaft mit aller Härte vorgegangen werden.“	lehne ab	13	8	13	50	37	6	12	7	10	14
	teils-teils	33	12	42	36	28	28	46	43	44	36
	stimme zu	54	80	45	14	35	66	42	50	47	50
	Gesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Über die Autor*innen:

Axel Salheiser, Dr. phil, ist Soziologie und wissenschaftlicher Referent am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft.

Matthias Quent, Dr. phil., ist Soziologe und Direktor des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft.

Anja Klaßen, B.A., ist Sozialpädagogin, Psychologin und Mitarbeiterin am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft.

Unterstützen Sie Projekte für Demokratie und Gleichwertigkeit!

Seit 1998 setzt sich die **Amadeu Antonio Stiftung** für eine demokratische Zivilgesellschaft ein, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet. Wir unterstützen mutige Initiativen in ganz Deutschland. Bisher wurden über 1.400 Projekte gefördert, die sich in vielen Bereichen engagieren: in Jugendarbeit und Schule, im Opferschutz und der Opferhilfe oder in kommunalen Netzwerken.

Folgende Initiativen haben wir unter anderem gefördert:

Projekttheater Dresden e. V.: „Aufspüren Jagen Entsorgen“ (2018)

Im Theaterstück werden Originaltexte der AfD verwendet, um die rassistische Sprache der „Neuen“ Rechten aufzuzeigen. Ziel ist es, für die Veränderungen in der Kommunikation und im Klima des öffentlichen Diskurses zu sensibilisieren.

Evangelisches Frauenbegegnungszentrum EVA: Diskussionsreihe „Lila Sofa: Von Frauenrechten und rechten Frauen. Rechtspopulismus und Extremismus aus feministischen Perspektiven diskutiert“ (2018)

In sechs Gesprächsabenden ging es um Themen wie: Frauen* in der rechtsextremen Szene, MännerRECHTSbewegungen, „Genderwahn“ – die Frauen*politik der AfD, „Feminismus so white“ – ein rassismuskritischer Blick auf die Frauenbewegung und feministischer Aktivismus gegen Rechtsextremismus.

Die Amadeu Antonio Stiftung ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen und hat die Selbstverpflichtung der Initiative Transparente Zivilgesellschaft unterzeichnet. Die Freudenberg Stiftung ist langjähriger Unterstützer und Partner der Stiftung.

Die Stiftung ist nach Amadeu Antonio benannt, der 1990 von rechtsextremen Jugendlichen im brandenburgischen Eberswalde zu Tode geprügelt wurde, weil er schwarz war. Bis heute starben fast 200 Menschen als Opfer rechter Gewalt seit dem Fall der Mauer.

Kontakt:

Amadeu Antonio Stiftung
Novalisstraße 12
10115 Berlin

Telefon: 030 - 240 886 10
Fax: 030 - 240 886 22
E-Mail: info@amadeu-antonio-stiftung.de
Web: amadeu-antonio-stiftung.de

Facebook: facebook/AmadeuAntonioStiftung
Twitter: twitter.com/AmadeuAntonio

Spendenkonto:

GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00
SWIFT-BIC: GENODEM1GLS

Bitte geben Sie bei der Überweisung eine Adresse an, damit wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zuschicken können.

Impressum

Herausgeber:
Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ)

Talstr. 84 | 07743 Jena
Tel.: 03641 - 27 19 403
Fax: 03641 - 27 18 307
E-Mail: mail@idz-jena.de

Das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft – Thüringer Dokumentations- und Forschungsstelle gegen Menschenfeindlichkeit ist eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung. Das Institut wird gefördert durch das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit. Aufgaben des Institutes sind der Erkenntnistransfer zwischen Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft sowie die gemeinsame Entwicklung, Realisierung und Dissemination von Forschungsprojekten zur Förderung der demokratischen Kultur.

Verleger und Träger:
Amadeu Antonio Stiftung, Novalisstraße 12, 10115 Berlin

Bezug:
Die Publikation kann unter www.idz-jena.de bestellt und heruntergeladen werden. Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Gestaltung:
timespin Digital Communication GmbH

Gefördert vom

Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit

Freistaat Thüringen
Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des TMBJS dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/-innen die Verantwortung. Alle Rechte bleiben bei den Autor/-innen. Die Bildrechte liegen, sofern nicht anders ausgewiesen, bei den Autor/-innen.

THÜRINGEN VOR DER LANDTAGSWAHL

Im Vorfeld der Thüringer Landtagswahl am 27. Oktober 2019 analysiert das IDZ auf Grundlage einer aktuellen repräsentativen Befragung die politischen Einstellungen, Bewertungen und sozioökonomischen Merkmale von Thüringer Befragten (n=503), um Aussagen über ihre voraussichtliche Parteipräferenz zu treffen.

Abgesehen von vielen Gemeinsamkeiten: Was unterscheidet die potenziellen Wähler*innen bestimmter Parteien tendenziell am stärksten voneinander, welche gesellschaftlichen Probleme nehmen sie stärker wahr als andere Befragte und durch welche politische Themensetzungen fühlen sie sich vermutlich stärker angesprochen?

Was ist mit Thüringer*innen, die vor der Landtagswahl noch unentschlossen sind, welche Partei sie wählen werden?

Und was denken die Thüringer*innen über gesellschaftlichen Zusammenhalt und ehrenamtliches Engagement?

twitter.com/idz_jena **facebook.com/idzjena** **www.idz-jena.de**

IDZ INSTITUT FÜR DEMOKRATIE UND ZIVILGESELLSCHAFT

In Trägerschaft der AMADEU ANTONIO STIFTUNG